

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2013

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

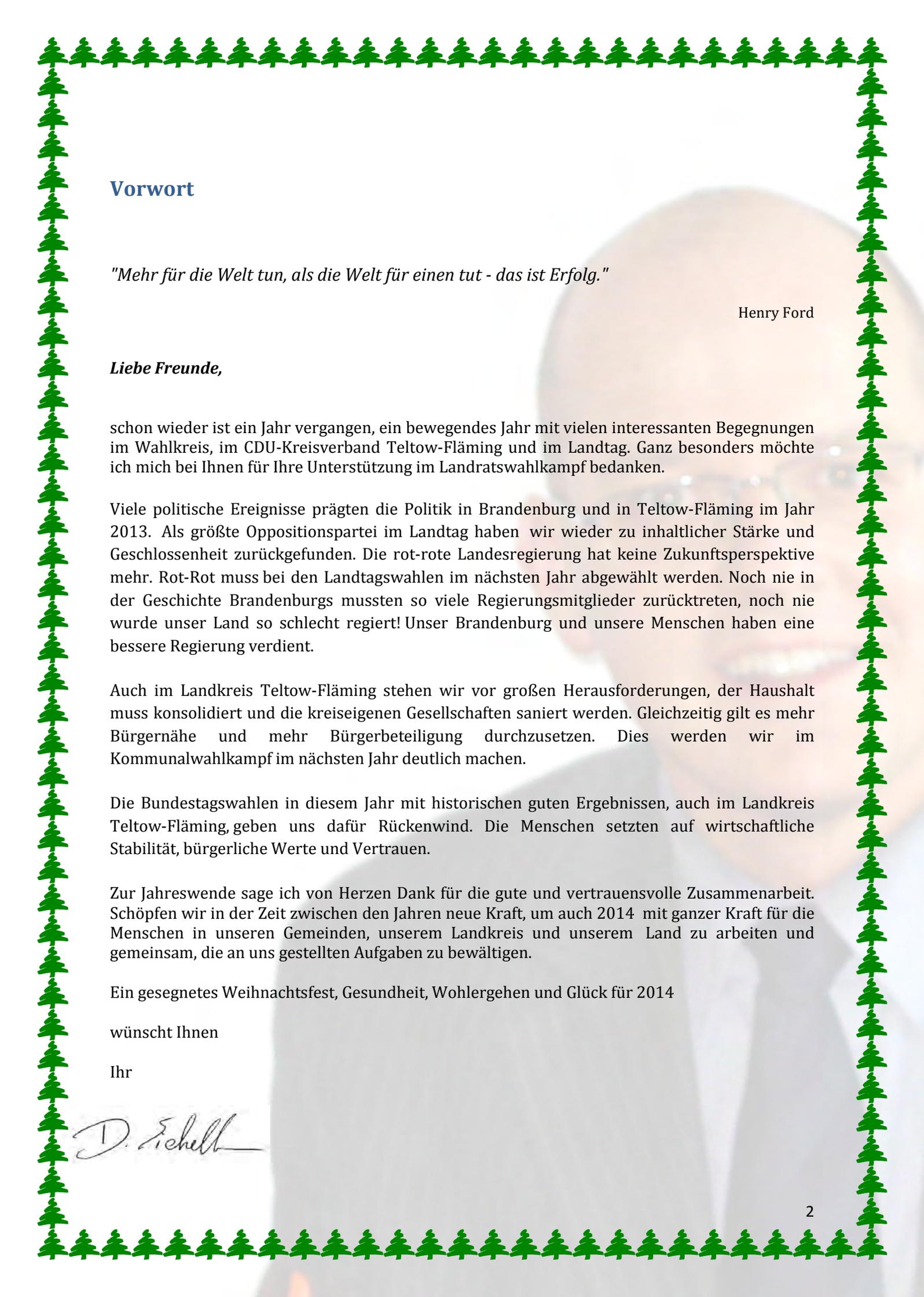
Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag





Vorwort

"Mehr für die Welt tun, als die Welt für einen tut - das ist Erfolg."

Henry Ford

Liebe Freunde,

schon wieder ist ein Jahr vergangen, ein bewegendes Jahr mit vielen interessanten Begegnungen im Wahlkreis, im CDU-Kreisverband Teltow-Fläming und im Landtag. Ganz besonders möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung im Landratswahlkampf bedanken.

Viele politische Ereignisse prägten die Politik in Brandenburg und in Teltow-Fläming im Jahr 2013. Als größte Oppositionspartei im Landtag haben wir wieder zu inhaltlicher Stärke und Geschlossenheit zurückgefunden. Die rot-rote Landesregierung hat keine Zukunftsperspektive mehr. Rot-Rot muss bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr abgewählt werden. Noch nie in der Geschichte Brandenburgs mussten so viele Regierungsmitglieder zurücktreten, noch nie wurde unser Land so schlecht regiert! Unser Brandenburg und unsere Menschen haben eine bessere Regierung verdient.

Auch im Landkreis Teltow-Fläming stehen wir vor großen Herausforderungen, der Haushalt muss konsolidiert und die kreiseigenen Gesellschaften saniert werden. Gleichzeitig gilt es mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung durchzusetzen. Dies werden wir im Kommunalwahlkampf im nächsten Jahr deutlich machen.

Die Bundestagswahlen in diesem Jahr mit historischen guten Ergebnissen, auch im Landkreis Teltow-Fläming, geben uns dafür Rückenwind. Die Menschen setzten auf wirtschaftliche Stabilität, bürgerliche Werte und Vertrauen.

Zur Jahreswende sage ich von Herzen Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schöpfen wir in der Zeit zwischen den Jahren neue Kraft, um auch 2014 mit ganzer Kraft für die Menschen in unseren Gemeinden, unserem Landkreis und unserem Land zu arbeiten und gemeinsam, die an uns gestellten Aufgaben zu bewältigen.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest, Gesundheit, Wohlergehen und Glück für 2014

wünscht Ihnen

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Rottenbiller ausgezeichnet - CDU gratuliert allen Ehrenamtlichen

Mit einem festlichen Empfang ehrte die Landrätin, Kornelia Wehlan, Ehrenamtliche aus den einzelnen Gemeinden im Landkreis Teltow-Fläming. So auch einige Ehrenamtliche der Gemeinde Großbeeren, die sich insbesondere für das Siegesfest 2013 verdient gemacht haben. Einer dieser Ehrenamtlichen ist Hans-Peter Rottenbiller, der den Vorsitz des Festausschusses zur Organisation des 200. Siegesfest inne hatte und dazu beigetragen hat, dass die alljährliche Gedenkfeier anlässlich der Schlacht preußischer Truppen gegen Napoleon mit mehreren tausenden Menschen gut besucht wurde.



Insgesamt wurden 5 Ehrenamtliche aus der Gemeinde und etwas über 70 Personen aus allen Gemeinden und Städten des Landkreises ausgezeichnet. Zu den ersten Gratulanten gehörte der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU), sowie der Großbeerer Kreistagsabgeordneter Dirk Steinhausen. Der Abend wurde untermalt von der Musik der Kreismusikschule und die Landrätin, sowie die 1. Beigeordnete Kirstin Gurske, fanden zu jedem Ehrenamtlichen einige nette Worte.

Dirk Steinhausen: „Wir gratulieren und freuen uns darüber, dass mit Peter Rottenbiller ein Mitglied der CDU Großbeeren ausgezeichnet wurde und wünschen ihm auch weiterhin viel Spaß an der ehrenamtlichen Tätigkeit. Ohne die vielen Ehrenamtlichen wäre unser Welt um vieles ärmer.“

Quelle: Pressemitteilung 11. Dezember 2013



Eröffnung des Weihnachtsmarktes in
Trebbin am 29.11.2013

Jürs, Petke und Eichelbaum für die CDU

Luckenwalde / Die CDU Brandenburg hat am Sonnabend in Potsdam mit der Aufstellung ihrer Landesliste die Nominierung ihrer Kandidaten für die Landtagswahl im nächsten Jahr abgeschlossen. Für den Landkreis Teltow-Fläming kandidieren Axel Jürs auf Platz 39, Sven Petke auf Platz 15 und Danny Eichelbaum auf Platz 13 der CDU-Landesliste. Alle drei Kandidaten wurden bereits zuvor mit hohen Zustimmungswerten und ohne Gegenkandidaten von der Parteibasis in ihren Wahlkreisen als Direktkandidaten der Christdemokraten nominiert.



Der CDU-Kreisverband Teltow-Fläming, so heißt es in einer Pressemitteilung, setzt beim Landtagswahlkampf vor allem auf Kompetenz und Erfahrung. Axel Jürs, der im Landtagswahlkreis 25 (Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen und Baruth/Mark) für die CDU kandidiert, ist von Beruf Verlagskaufmann und Journalist und arbeitet als Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit in der Zossener Stadtverwaltung. Ehrenamtlich ist er als stellvertretender Kreisvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Teltow-Fläming tätig.

Sven Petke, CDU-Kandidat im Wahlkreis 24 (Dahme/Mark, Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming, Luckenwalde) ist bereits seit 1999 Mitglied des Landtages. Der Luckenwalder arbeitete im Landtag in der Enquete-Kommission "Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020" mit und ist Mitglied im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtages.

Der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum kandidiert erneut im Wahlkreis 23 (Trebbin, Nuthe-Urstromtal, Am Mellensee, Ludwigsfelde und Großbeeren). Der Rechtsanwalt aus Jüterbog wurde bereits 2009 in den Landtag gewählt und fungiert als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtages. Er ist zudem Abgeordneter im Kreistag Teltow-Fläming.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.12.2013



Jahreshauptversammlung der CDU-
Großbeeren am 14.11.2013

Besondere Ausstellung im Stadt- und Technikmuseum eröffnet

"Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR" bis Jahresende im Museum zu sehen

Eine Idee des Ludwigsfelder Stadtverordneten Detlef Helgert (CDU) wurde am 8. November im Stadtmuseum umgesetzt. Auf Einladung der Ludwigsfelder Ortsgruppe der CDU und des Kreistagsabgeordneten der CDU, Danny Eichelbaum, trafen sich dort zahlreiche geladene Gäste.

Unter ihnen Ludwigsfelder Stadtverordnete verschiedener Fraktionen sowie Kreistagsabgeordnete, Mitglieder der Feuerwehr sowie, außer dem Ludwigsfelder Bürgermeister Frank Gerhard, auch die Bürgermeister von Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler, und von Großbeeren Carl Ahlgrimm.

Die Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Magazins stern will Antworten auf Fragen geben, wie: "Gab es tatsächlich so etwas wie eine >heile Welt< inmitten der Diktatur? Oder waren SED-Herrschaft und Alltag letztlich untrennbar miteinander verbunden?" und zur Diskussion einladen. Die Bilder des Hamburger Fotografen Harald Schmitt, langjähriger Korrespondent des stern in der DDR, und die Texte des in Halle / Saale geborenen Historikers Stefan Wolle laden zu einer Zeitreise in eine heute immer fremder anmutende Lebenswirklichkeit ein.



Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen, der deutschen und europäischen Teilung sowie deren Überwindung. Das Hamburger Magazin stern widmet diesen Themen schon immer große journalistische Aufmerksamkeit. Mit der gemeinsam erarbeiteten Ausstellung wollen die Bundesstiftung und der stern einen Beitrag zur historisch-politischen Bildungsarbeit leisten.

Quelle: (<http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/die-heile-welt-der-diktatur>)

Museumsleiterin Ines Krause hatte die Ausstellung um viele Alltagsgegenstände aus der damaligen Zeit ergänzt - vom Brautkleid bis zum Spielzeug - und lockerte dadurch die Strenge der sonst nur aus Bildtafeln bestehenden Ausstellung auf. Nach den kurzen eröffnenden Worten von Frank Gerhard und Danny Eichelbaum sahen sich die geladenen Gäste die Fotos, Texte und Exponate an und es kam zu intensiven Gesprächen und teils kontroversen Diskussionen. Ines Krause freut sich, dass sie die Ausstellung bis zum Jahresende in Ludwigsfelde zeigen kann. "Es hat sich bereits eine Schule zur Besichtigung angemeldet. Wir können die Ausstellung aber auch direkt an den Schulen zeigen, damit sie noch besser für den Unterricht genutzt werden kann", erklärte sie. Lisa Igel, Tochter des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und Schülerin am Marie Curie Gymnasium, die an diesem Abend gemeinsam mit ihrem Vater die Ausstellung besuchte, griff dieses Angebot sofort auf. Sie will organisieren, dass die Ausstellung demnächst am Gymnasium zu sehen ist.

Wenn sie nicht gerade ausgeliehen ist, kann die Exposition zu den Öffnungszeiten des Museums von allen Bürgern besucht werden. (Mittwoch bis Freitag: 10-15 Uhr, Samstag und Sonntag: 13-



17 Uhr, Gruppenführung nach Vereinbarung). Weitere Informationen und Anmeldung für Schulen unter der Telefon-Nr.: 03378/804620 oder per E-Mail: museum-ludwigsfelde@arcor.de

Quelle: www.ludwigsfelde.de, 13.11.2013

Mercedes-Benz stellt Kleinlaster-Produktion ein - Der letzte Vario in Ludwigsfelde

Bei Mercedes-Benz in Ludwigsfelde (Teltow-Fläming) steht am Freitag eine Abschiedsvorstellung auf dem Programm. Der traditionsreiche Kleinlaster Vario läuft zum letzten Mal vom Band. Gegenüber dem erfolgreicheren Sprinter war der große Bruder Vario zum Schluss nur noch ein Nischenprodukt. Paketdienste wie UPS, Umzugsfirmen oder Baubetriebe nutzen ihn gerne, aber auf dem Massenmarkt spielte er eine immer kleinere Rolle. Die Umrüstung des Fahrzeugtyps auf die von 2014 an gültige neue Euro-6-Abgasnorm war Daimler deshalb zu teuer.

Das Ende des Vario sei ein „sehr bewegender Tag“ vor allem für die betroffenen Beschäftigten, sagt Daimler-Sprecher Sebastian Michel. 200 der 2100 Arbeitsplätze in dem Werk fallen weg. Für alle Betroffenen sei aber eine Lösung gefunden worden, versichert er. Teils seien sie in der Sprinter-Produktion untergekommen, teils an andere Konzern-Standorte gewechselt, teils mit Abfindung in Frührente gegangen.

Mit dem Serienstart des Vario 1996 waren große Hoffnungen verbunden. Das Modell war eine rundum modernisierte neue Version des alten Großtransporters T2. Und anders als sein Vorgänger wurde der Vario ausschließlich in Ludwigsfelde produziert. In den durch Arbeitsplatzabbau gekennzeichneten 90er-Jahren sorgte es beinahe für Euphorie, dass das Werk, in der DDR Sitz des IFA-Kombinats Nutzfahrzeuge, mit Daimler in ruhiges Fahrwasser kam. Auch heute hat der in die Jahre gekommene Kleinlaster immer noch seine treuen Fans. So gingen die Bestellzahlen jetzt auch noch einmal nach oben, als bekannt wurde, dass Daimler sich von dem Modell verabschieden will. Rund 3000 Stück wurden von Januar bis September gebaut. In den vergangenen Jahren war diese Zahl auch in zwölf Monaten kaum erreicht worden. Am schon besiegelten Aus für den Vario änderte aber auch dieser Miniboom nichts.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum fürchtet nun um den Bestand des Werks. „Das Ende des Vario ist ein schwarzer Tag für Ludwigsfelde“, sagt er und verlangt eine Standortgarantie. Ein unverbindliches Bekenntnis des Konzerns zum Werk reiche ihm nicht. Mit nur noch einer Produktlinie könnte die Fabrik bei künftigen Veränderungen viel eher auf der Strecke bleiben, fürchtet er. Das Wirtschaftsministerium in Potsdam bedauert die Einstellung des Fahrzeugtyps, hält eine Alarmstimmung aber für unbegründet. „Wir gehen davon aus, dass der Standort gesichert ist“, sagt Sprecher Steffen Streu. Minister Ralf Christoffers (Linke) sei in dieser Frage in enger Verbindung mit Daimler. Erfreulich sei auch, dass der Stellenabbau bei Mercedes-Benz sozialverträglich abgewickelt werde.

Das gilt allerdings nicht unbedingt für die zuletzt noch 50 Leiharbeiter, die nach Angaben der Industriegewerkschaft Metall in der Vario-Produktion gearbeitet haben. Sie könnten nun auf der Straße landen, fürchtet der örtliche IG Metall-Chef Hermann von Schuckmann, der die Entwicklung insgesamt mit Sorge beobachtet. Gefährlich könnte es vor allem werden, wenn die Kooperation mit Volkswagen ausläuft, sagt er. Bisher wird rund ein Viertel der Sprinter-Produktion von VW mit eigenem Motor unter dem Namen Crafter auf den Markt gebracht. Diese Zusammenarbeit läuft nur noch bis 2016, danach kann VW den Crafter selbst produzieren. Der Sprinter wird in Ludwigsfelde als offene Variante gebaut. Vor allem Baubetriebe nutzen den Pritschenwagen. So ist der Standort auch von der Baukonjunktur abhängig.

Quelle: *Märkische Allgemeine Zeitung*, 27.09.2013

Wenn Kinder Leidtragende werden - Besuch im Märkischen Kinderdorf

Mitten in der Stadt Ludwigsfelde befinden sich mehrere Häuser umgeben von Spielplätzen und einer Rodelbahn. Es ist das Märkische Kinderdorf, eines anerkannten freien Trägers der Jugendhilfe. Bereits seit 1991 existiert die Einrichtung, die Kapazität liegt bei 50 Kindern und Jugendlichen, die dann wenn es „in den Familien brennt“ und das Jugendamt eingreifen muss, hier Hilfe und Unterstützung finden. Es ist Vormittag und noch ruhig in der Einrichtung. Die Kinder, von denen manche hier bleiben, bis sie eine eigene Wohnung beziehen können, sind in der Schule. Erst nach und nach trudeln die Kinder ein. Es sind teilweise ergreifende Einzelschicksale, die meist von Überforderung der Eltern, Drogensucht und Vernachlässigung, aber auch von sexuellem Missbrauch handeln. Iris Wassermann, die Geschäftsführerin und Leiterin der pädagogischen Arbeit empfängt eine kleine Delegation, die sich über die Arbeit informieren möchte. Mit dabei ist die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche, parlamentarische Staatssekretärin, der Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, der Kreistagsabgeordnete Dirk Steinhausen und der CDU Vorsitzende aus Ludwigsfelde Detlef Helgert. Gerade in den letzten Monaten sind Kinderheime stärker in den Fokus geraten.



Wenn Kinder zu Leidtragenden geworden sind, dann muss das Jugendamt reagieren, zumal wenn das Kindeswohl gefährdet ist. „Bei uns geht es um Anerkennung, Ernst nehmen, Zuhören, klares Strukturieren des Tagesablaufs und Übernahme von Pflichten, erläutert Iris Wassermann. Nicht ohne auch auf die Probleme hinzuweisen, dass es zunehmend schwieriger wird ausreichend Fachkräfte für diese anspruchsvolle Arbeit zu finden. Die hier beschäftigten Sozialpädagogen arbeiten in Wechselschichten, um 24 Stunden eine Betreuung sicherzustellen. Als negativ hat sich herauskristallisiert, dass es keine Heimerzieherausbildung mehr gibt, sondern vieles in der Erzieherausbildung in diesem Bereich zu kurz kommt. „Der Fachkräftemangel zeigt sich auch hier und wenn wir den „Schwächsten“ unserer Gesellschaft, die in Not geraten sind, hier helfen können, dann muss Ausbildung, Anzahl und Betreuungsschlüssel auf die Bedürfnisse angepasst werden und wir müssen stärker an die Eltern ran“, fasst die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche zusammen.

Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum ergänzt: „Hier müssen die Landesregierung und der Landkreis mehr tun. Umso früher und umso besser wir den betroffenen Kindern wirksame Hilfsangebote unterbreiten können, umso weniger Hilfe benötigen die Kinder, wenn sie erwachsen sind. Deshalb darf es in diesem sensiblen Bereich keine finanziellen Kürzungen geben!“ Viele Menschen bezeichnen diese Einrichtung als Reparaturbetrieb, wohl weißlich, dass nicht alle psychologischen Wunden repariert bzw. behandelt werden können. Mit viel Lob am Ende des Rundganges durch die Einrichtung erklärt abschließend Dirk Steinhausen "Es ist ein wunderschönes Heim, und es ist deutlich zu erkennen, dass die Arbeit der Fachkräfte auf die Kinder zugeschnitten ist."

Quelle: Pressemitteilung 25.09.2013

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

China fragt, Mayer antwortet

Delegation aus Fernost zur Stippvisite im Jüterboger Rathaus

Jüterbog - Eine Delegation chinesischer Verwaltungsmitarbeiter aus 17 Provinzen der Volksrepublik China besuchte gestern das Jüterboger Rathaus.

„Die Vertreter waren vorige Woche bereits im Potsdamer Landtag und gestern auch im Kreishaus Luckenwalde“, berichtet der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU), der die Gruppe begleitete. „Die Teilnehmer informieren sich hier über die Staatsstrukturen und unser Rechtssystem. Sie befragen uns vor allem zu Fragen zum Umgang mit Bürgeranfragen, Petitionen und Gerichtsverfahren, und wie das Justizsystem funktioniert. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt.“, sagte er.



Der Austausch erfolgte im Zuge des „Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog“, der im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde. Die Bundesrepublik will darüber die rechtlichen Reformen der Volksrepublik China begleiten. Seitdem tauschen sich beide Nationen regelmäßig aus.

Im Jüterboger Rathaus befragten Mitarbeiter aus chinesischen Ämtern die Stadtverordnete Karin Mayer (CDU). Die Themen Polizeipräsenz und hauptberufliche Verwaltungsarbeit interessierten besonders. Auch, wie öffentlicher Straßenbau funktioniert, und wer für die Sanierung von Dorfstraßen aufkommt wollten sie wissen. „Wir schauen uns heute noch eine Verwaltung in Berlin an, und übermorgen einen bayerischen Gerichtshof“, berichtete Dolmetscher Nju Siliang.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.12.2013

Feierstunde für die Aktenpaten des
Landkreises in Luckenwalde am
12.12.2013



Froh über eindeutiges Ergebnis - Politiker aus der Region begrüßen SPD-Votum für die Große Koalition im Bundestag

Die Entscheidung in der SPD „pro GroKo“ mit CDU/CSU ist deutlich ausgefallen. Über so viel Klarheit sind auch Sozialdemokraten in der Region froh.

„Meine Prognose hat sich erfüllt“, sagt der Ludwigsfelder Bürgermeister und Unterbezirksvorsitzende von Teltow-Fläming, Frank Gerhard, auf MAZ-Nachfrage. Mit dem klaren Ergebnis habe seine Partei Verantwortungsbewusstsein und Verlässlichkeit bewiesen. „Im Lichte des Wahlergebnisses haben wir im Koalitionsvertrag viel durchsetzen können, was unsere Kernthemen betrifft“, so Gerhard weiter. Auch er sei nicht mit allen Inhalten des Koalitionsvertrages zufrieden, aber es gehe um einen Kompromiss. „Jetzt beginnt aber die Arbeit, denn aus dem Papier müssen Taten werden, das erwarten die Bürger von uns“, sagt Gerhard, „wir müssen von Anfang an aufpassen, dass Frau Merkel nicht das gleiche Spiel mit uns treibt wie mit der FDP. Wir haben die Verantwortung, dass unsere Projekte und Initiativen auch in der Lebenswirklichkeit ankommen.“

Die Lübbener Landtagsabgeordnete Sylvia Lehmann gehört zu den 76 Prozent, die für die Große Koalition gestimmt haben. „Ich bin sehr froh, auch über das eindeutige Ergebnis“, sagt sie. Die SPD habe in den Koalitionsvertrag viel hineinverhandelt. Nun geht Sylvia Lehmann davon aus, dass die Handelnden in der Regierung die Ziele umsetzen werden. Nicht vorstellen möchte sie sich, was ein negatives Abstimmungsergebnis für Folgen gehabt hätte. Der Partei hätte es nicht gut zu Gesicht gestanden, schließlich würden die Sozialdemokraten Verantwortung tragen. Sylvia Lehmann geht davon aus, dass die Anregungen – auch die kritischen – aus den Regionen und der Schwung in die Regierungsarbeit mitgenommen werden.

Ein wenig zurückhaltend bleibt Detlef Schlüpen, Pressesprecher der SPD im TF-Kreis. Das absehbar gute Ergebnis ändert für ihn nichts daran, dass die Große Koalition unter den Mitgliedern unbeliebt ist. „Demokratie kann nur gewinnen, wenn die Regierung eine starke Opposition hat“, sagt er, „aber die Wähler haben dies nun einmal so auf den Weg gebracht.“ Er geht davon aus, dass die meisten politischen Probleme in den kommenden dreieinhalb Jahren angefasst und gelöst werden. Persönlich erhofft sich Detlef Schlüpen, dass sich auf sozialer Ebene etwas bewegt, dass die Systeme in Ost und West angeglichen und gerechter werden, etwa das Rentensystem.

Auch aus den Reihen des Koalitionspartners CDU kommt Erleichterung. „Ich bin froh, dass nun auch die SPD den Weg für die Bildung der Großen Koalition frei gemacht hat“, sagt der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum aus Jüterbog, „die Menschen erwarten zu Recht, dass die Bundesregierung endlich ihre Arbeit aufnimmt und dass die Probleme und Herausforderungen, vor denen unser Land steht, angepackt werden.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.12.2013



Öffnen des historischen Weihnachtskalenders in der Baustelle der neuen Jüterboger Kita mit Bauminister Jörg Vogelsänger und Bürgermeister Arne Raue am 09.12.2013

Schluss mit der Verspargelung - Branche fürchtet Stopp des Windenergie-Ausbaus

Einige der Absichtserklärungen in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, CDU und CSU könnten sich unmittelbar auf den Ausbau der Windenergie auswirken, zum Beispiel in der Region Dahme-Fläming. Die Wind-Branche fürchtet die Große Koalition und wirft der Landesregierung eine schleichende Abkehr von der Energiewende vor.

"Sollte der Koalitionsvertrag Realität werden, stehen allein in Brandenburg 5000 Arbeitsplätze und eine lokale Wertschöpfung von 80 Millionen Euro auf dem Spiel", sagt Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg beim Branchenverband Windenergie. Glahr kritisiert, dass der in neuen Windkraftanlagen produzierte Strom weniger Geld einbringen soll als bisher. "Dadurch werden nicht nur neue Investitionen in Frage gestellt, sondern auch das bisher Erreichte gefährdet."

Glahr wirft der brandenburgischen Landesregierung vor, sich schleichend von dem Ziel zu verabschieden, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraftwerke auszuweisen. Bis jetzt ist etwa ein Prozent des Landes dafür freigegeben. "Die Ausweisung neuer Flächen durch die Regionalen Planungsgemeinschaften ist ins Stocken geraten", sagt Glahr. "Stattdessen hält Ministerpräsident Woidke an der umweltschädlichen Braunkohle fest."

Der SPD-Regierungschef sieht die Braunkohle als Brückentechnologie, bis Wind- und Sonnenenergie gespeichert werden können. "Und davon sind wir noch Lichtjahre entfernt", sagt Dietmar Woidke. Am Zwei-Prozent-Ziel für Windenergie wolle seine Regierung freilich festhalten, auch wenn es immer schwieriger werde, dafür die Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen. "Weitere Windeignungsgebiete können wir nur ausweisen, wenn wir die Kommunen und die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend beteiligen. Da müssen wir noch besser werden", sagt Woidke.

Auch in den Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald gibt es Unmut über die "Verspargelung" der Landschaft. "Im Süden des Kreises gibt es tatsächlich Flächen, auf denen viele Anlagen stehen", sagt etwa Gerhard Kalinka, Grünen-Politiker im Kreistag von Teltow-Fläming. Den weiteren Ausbau befürwortet er dennoch: "Die Anlagen werden ja nicht blindlings und chaotisch aufgestellt und die Braunkohle ist keine Alternative."

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum kritisiert dagegen das Zwei-Prozent-Ziel der Landesregierung: "Das Wichtigste sind bezahlbare Strompreise und die Akzeptanz bei der Bevölkerung", sagt der Politiker aus Teltow-Fläming. "Und gerade im Süden des Landes halte ich den Ausbau inzwischen für unverhältnismäßig." Eichelbaum kann nicht erkennen, dass die rot-rote Landesregierung in ihrem Ausbau-Eifer erlahmt: "In Teltow-Fläming zumindest kommen immer neue Anlagen hinzu."

Nun hofft der Unionsvertreter auf ein Vorhaben im Koalitionsvertrag: Die sogenannte Länderöffnungsklausel. Sie soll es den Landesregierungen freistellen, Mindestabstände zwischen Siedlungen und Windkraftanlagen festzulegen. "Ich fände es sinnvoll, wenn man die Höhe einer Anlage mal zehn nimmt, um den Abstand zu einer Siedlung festzulegen", sagt Danny Eichelbaum.

Im Altkreis Königs Wusterhausen hat zuletzt vor allem der geplante Windpark im Wald bei Wernsdorf für Proteste gesorgt. Detlef Gurczik von der Bürgerinitiative "Freier Wald" hat allerdings wenig Hoffnung, dass die Landesregierung beim Ausbau der Windkraft auf die Bremse tritt. "Mehr Abstand zu Siedlungen ist sicher sinnvoll, aber wir werden weiter mit handfesten Argumenten und im Einzelfall für den Naturschutz kämpfen müssen."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 15.12.2013

B-102-Ortsdurchfahrt in der Altstadt von Jüterbog - Diskussion um ein Lkw-Fahrverbot

Der Bauausschuss Jüterbog und die Kreisverwaltung befassten sich mit der B102. Dort wurde das Umleitungskonzept vorgestellt. Er ist in fünf Teilabschnitte untergliedert; der erste davon beginnt hinter dem Anschluss Planeberg und reicht bis zur Nuthebrücke. Er wird separat ausgeschrieben, weil es bis zum Heiliggeistplatz noch Unklarheiten gibt, informierte der Landesbetrieb Straßenwesen die Stadt. Baubeginn soll im Frühjahr 2014 sein.

Dann müssen sich alle, die in Richtung Neumarkt wollen oder von dort in die Stadt, auf Umwege einstellen. "Alle müssen über die Umgehungsstraße der neuen B101", sagte der Ausschussvorsitzende Eberhard Mertens (Bauernverband). Von dort geht es auf der Luckenwalder Straße ins Zentrum und über die Fuchsberge zur B102 in Richtung Treuenbrietzen. Lkw müssen weiterhin die Bülowstraße nutzen, da sich an der Höhenbeschränkung der Eisenbahnunterführung nichts ändert.

In der Stadt ist der Oberhag noch Einbahnstraße. Die provisorische Öffnung für beide Fahrtrichtungen ist im Gespräch. Die wird voraussichtlich mit einem Parkverbot kombiniert. Da allerdings die Ausfahrt von der Badergasse schon jetzt gefährlich und nur mit dem Spiegel zu gewähren ist, soll diese gesperrt werden. Die Vorfahrt an der Kreuzung Zinnaer Vorstadt, Schillerstraße und Oberhag soll dann mit einer Ampel geregelt werden.

Ernst Lekat vom Verkehrsbeirat und pensionierter Leiter des Verkehrsdiensts der Polizei bedauerte, dass die Vorschläge seines Gremiums nicht berücksichtigt wurden. Unter anderem sollte die Schillerstraße wegen der Schulen vom Verkehr entlastet werden. Um nochmals solche Themen zu bereden, sollen Vertreter des Straßenverkehrsamtes eingeladen werden. Auch Einzelheiten zum Lkw-Verkehr sollen noch geklärt werden, beispielsweise müsste die Müllabfuhr eine Ausnahmegenehmigung bekommen.

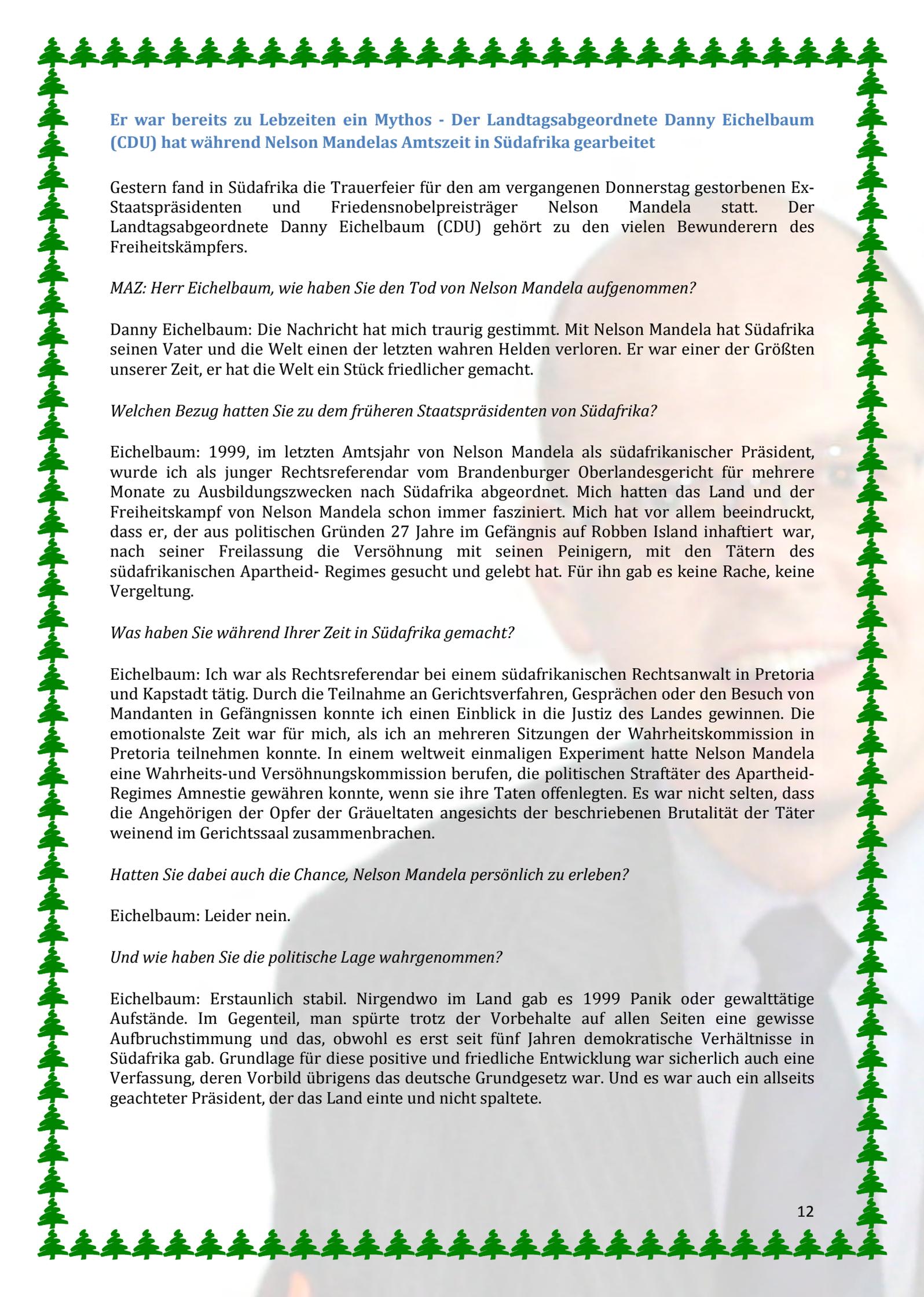
Die Zufahrt für die Anlieger, die in der Großen Straße wohnen und ihr Grundstück über den Weg Hinter der Mauer erreichen, ist jedenfalls gewährt. Dass der Schwerlastverkehr trotz der neuen B101 nordöstlich von Jüterbog und der ausgebauten Bülowstraße zur B102 durch die Jüterboger Innenstadt donnert, wurde lange Zeit beklagt. Viel erreicht haben Politiker und Stadtverwaltung damals nicht. Seit 2001 gilt zumindest eine Geschwindigkeitsbeschränkung für die Ortsdurchfahrt der B102 in der Altstadt auf Tempo 30. Damit sollten Anwohner vor Lärm und Häuser vor Schäden geschützt werden. Fragt man die Betroffenen, hat das nicht viel gebracht.

Und geht es nach Danny Eichelbaum, wäre mit einer Umleitung der Lkws über die Bülowstraße schon viel erreicht. Der CDU-Kreistagsabgeordnete hat jetzt die anhaltenden Beschwerden der Anwohner aufgegriffen und fordert ein Lkw-Fahrverbot.

Weil davon aber auch der Versorgungs- und Liefer- sowie der öffentlichen Personennahverkehr betroffen wären und es noch etliche Ausnahmen davon geben müsste, hält man in der Straßenverkehrsbehörde nichts von einem Verbot. Lärmschutz allein würde dies sowieso nicht rechtfertigen. Außerdem sei auf der B-101-Ortsumfahrung kein landwirtschaftlicher Verkehr erlaubt. Eine Ausnahme wurde jedoch in Aussicht gestellt: die Vollsperrung der Pferdestraße und der Großen Straße während der bevorstehenden Bauarbeiten.

Die Ausschilderung der Umgehungsstraße rund um Jüterbog hält die Kreisverwaltung für ausreichend. Die Umleitung für Fahrzeuge mit mehr als 3,70 Meter Höhe habe schon zu einer Verringerung des Schwerlastverkehrs in der Innenstadt geführt, teilt der Kreis mit. Die Straße, so die Kreisverwaltung weiter, werde seit 2011 "als besonders problematisch angesehen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.12.2013



Er war bereits zu Lebzeiten ein Mythos - Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) hat während Nelson Mandelas Amtszeit in Südafrika gearbeitet

Gestern fand in Südafrika die Trauerfeier für den am vergangenen Donnerstag gestorbenen Ex-Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela statt. Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) gehört zu den vielen Bewunderern des Freiheitskämpfers.

MAZ: Herr Eichelbaum, wie haben Sie den Tod von Nelson Mandela aufgenommen?

Danny Eichelbaum: Die Nachricht hat mich traurig gestimmt. Mit Nelson Mandela hat Südafrika seinen Vater und die Welt einen der letzten wahren Helden verloren. Er war einer der Größten unserer Zeit, er hat die Welt ein Stück friedlicher gemacht.

Welchen Bezug hatten Sie zu dem früheren Staatspräsidenten von Südafrika?

Eichelbaum: 1999, im letzten Amtsjahr von Nelson Mandela als südafrikanischer Präsident, wurde ich als junger Rechtsreferendar vom Brandenburger Oberlandesgericht für mehrere Monate zu Ausbildungszwecken nach Südafrika abgeordnet. Mich hatten das Land und der Freiheitskampf von Nelson Mandela schon immer fasziniert. Mich hat vor allem beeindruckt, dass er, der aus politischen Gründen 27 Jahre im Gefängnis auf Robben Island inhaftiert war, nach seiner Freilassung die Versöhnung mit seinen Peinigern, mit den Tätern des südafrikanischen Apartheid- Regimes gesucht und gelebt hat. Für ihn gab es keine Rache, keine Vergeltung.

Was haben Sie während Ihrer Zeit in Südafrika gemacht?

Eichelbaum: Ich war als Rechtsreferendar bei einem südafrikanischen Rechtsanwalt in Pretoria und Kapstadt tätig. Durch die Teilnahme an Gerichtsverfahren, Gesprächen oder den Besuch von Mandanten in Gefängnissen konnte ich einen Einblick in die Justiz des Landes gewinnen. Die emotionalste Zeit war für mich, als ich an mehreren Sitzungen der Wahrheitskommission in Pretoria teilnehmen konnte. In einem weltweit einmaligen Experiment hatte Nelson Mandela eine Wahrheits- und Versöhnungskommission berufen, die politischen Straftäter des Apartheid-Regimes Amnestie gewähren konnte, wenn sie ihre Taten offenlegten. Es war nicht selten, dass die Angehörigen der Opfer der Gräueltaten angesichts der beschriebenen Brutalität der Täter weinend im Gerichtssaal zusammenbrachen.

Hatten Sie dabei auch die Chance, Nelson Mandela persönlich zu erleben?

Eichelbaum: Leider nein.

Und wie haben Sie die politische Lage wahrgenommen?

Eichelbaum: Erstaunlich stabil. Nirgendwo im Land gab es 1999 Panik oder gewalttätige Aufstände. Im Gegenteil, man spürte trotz der Vorbehalte auf allen Seiten eine gewisse Aufbruchstimmung und das, obwohl es erst seit fünf Jahren demokratische Verhältnisse in Südafrika gab. Grundlage für diese positive und friedliche Entwicklung war sicherlich auch eine Verfassung, deren Vorbild übrigens das deutsche Grundgesetz war. Und es war auch ein allseits geachteter Präsident, der das Land einte und nicht spaltete.

Wie präsent war Nelson Mandela für Sie in dieser Zeit?

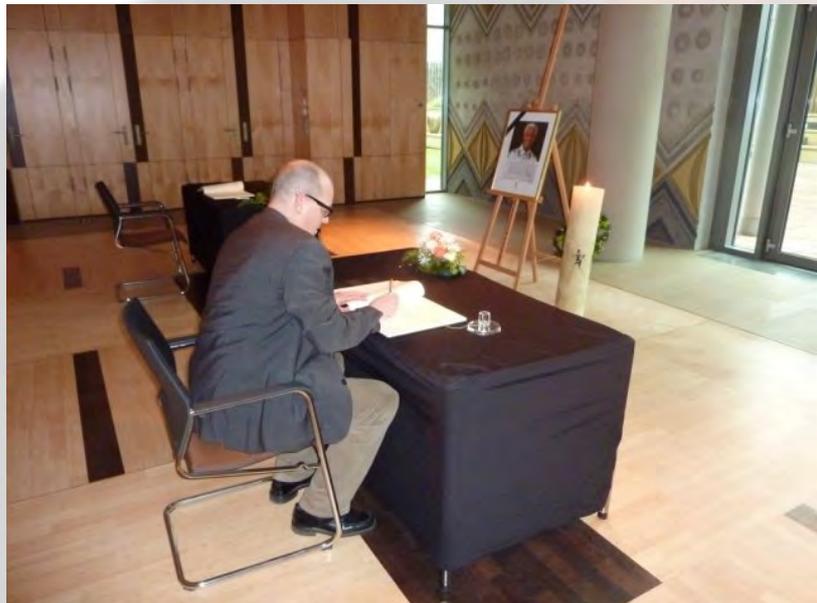
Eichelbaum: Schon damals war er für die Menschen in Südafrika ein Vorbild. Er war bereits zu Lebzeiten ein Mythos. Das hat man überall im Land gespürt. Ohne ihn und sein Wirken hätte es sicherlich keinen friedlichen Übergang gegeben. Es war sein großer Verdienst, einen blutigen Bürgerkrieg nach all den Verletzungen zu verhindern, Südafrika wieder zurück in die Weltgemeinschaft zu führen und zu der führenden Wirtschaftsnation in Afrika zu entwickeln. Mit Selbstlosigkeit, Demut und Toleranz ebnete er den Weg zur Aussöhnung von Schwarzen und Weißen in seinem Heimatland.

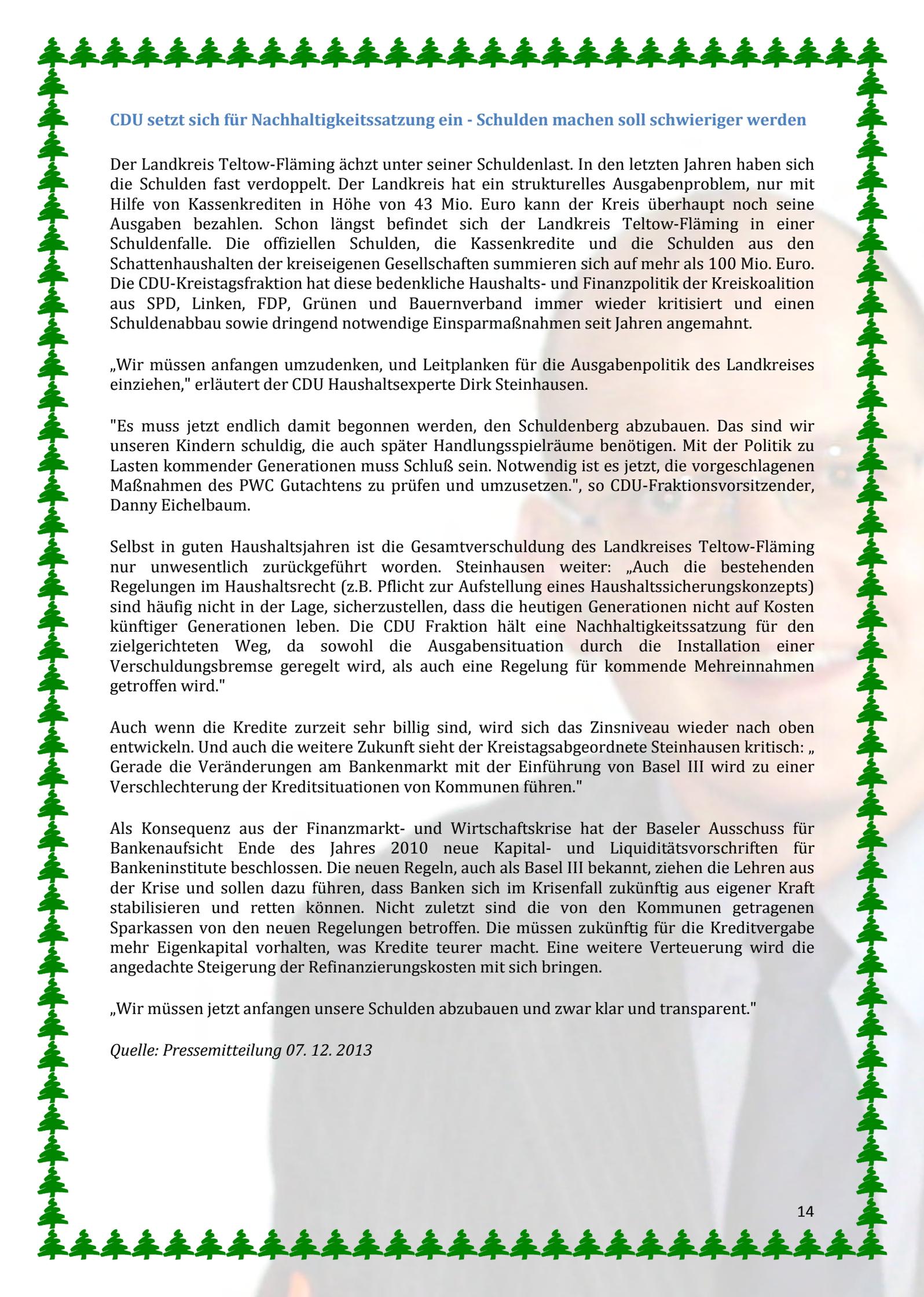
Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.12.2013



Empfang durch den südafrikanischen Gesandten
Horst Brammer in der südafrikanischen Botschaft
am 12.12.2013

Eintrag ins Kondolenzbuch für
Nelson Mandela in Berlin am
12.12.2013





CDU setzt sich für Nachhaltigkeitssatzung ein - Schulden machen soll schwieriger werden

Der Landkreis Teltow-Fläming ächzt unter seiner Schuldenlast. In den letzten Jahren haben sich die Schulden fast verdoppelt. Der Landkreis hat ein strukturelles Ausgabenproblem, nur mit Hilfe von Kassenkrediten in Höhe von 43 Mio. Euro kann der Kreis überhaupt noch seine Ausgaben bezahlen. Schon längst befindet sich der Landkreis Teltow-Fläming in einer Schuldenfalle. Die offiziellen Schulden, die Kassenkredite und die Schulden aus den Schattenhaushalten der kreiseigenen Gesellschaften summieren sich auf mehr als 100 Mio. Euro. Die CDU-Kreistagsfraktion hat diese bedenkliche Haushalts- und Finanzpolitik der Kreiskoalition aus SPD, Linken, FDP, Grünen und Bauernverband immer wieder kritisiert und einen Schuldenabbau sowie dringend notwendige Einsparmaßnahmen seit Jahren angemahnt.

„Wir müssen anfangen umzudenken, und Leitplanken für die Ausgabenpolitik des Landkreises einziehen,“ erläutert der CDU Haushaltsexperte Dirk Steinhausen.

"Es muss jetzt endlich damit begonnen werden, den Schuldenberg abzubauen. Das sind wir unseren Kindern schuldig, die auch später Handlungsspielräume benötigen. Mit der Politik zu Lasten kommender Generationen muss Schluß sein. Notwendig ist es jetzt, die vorgeschlagenen Maßnahmen des PWC Gutachtens zu prüfen und umzusetzen.", so CDU-Fraktionsvorsitzender, Danny Eichelbaum.

Selbst in guten Haushaltsjahren ist die Gesamtverschuldung des Landkreises Teltow-Fläming nur unwesentlich zurückgeführt worden. Steinhausen weiter: „Auch die bestehenden Regelungen im Haushaltsrecht (z.B. Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts) sind häufig nicht in der Lage, sicherzustellen, dass die heutigen Generationen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Die CDU Fraktion hält eine Nachhaltigkeitssatzung für den zielgerichteten Weg, da sowohl die Ausgabensituation durch die Installation einer Verschuldungsbremse geregelt wird, als auch eine Regelung für kommende Mehreinnahmen getroffen wird."

Auch wenn die Kredite zurzeit sehr billig sind, wird sich das Zinsniveau wieder nach oben entwickeln. Und auch die weitere Zukunft sieht der Kreistagsabgeordnete Steinhausen kritisch: „Gerade die Veränderungen am Bankenmarkt mit der Einführung von Basel III wird zu einer Verschlechterung der Kreditsituationen von Kommunen führen."

Als Konsequenz aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht Ende des Jahres 2010 neue Kapital- und Liquiditätsvorschriften für Bankeninstitute beschlossen. Die neuen Regeln, auch als Basel III bekannt, ziehen die Lehren aus der Krise und sollen dazu führen, dass Banken sich im Krisenfall zukünftig aus eigener Kraft stabilisieren und retten können. Nicht zuletzt sind die von den Kommunen getragenen Sparkassen von den neuen Regelungen betroffen. Die müssen zukünftig für die Kreditvergabe mehr Eigenkapital vorhalten, was Kredite teurer macht. Eine weitere Verteuerung wird die angedachte Steigerung der Refinanzierungskosten mit sich bringen.

„Wir müssen jetzt anfangen unsere Schulden abzubauen und zwar klar und transparent."

Quelle: Pressemitteilung 07. 12. 2013

Frauen prangern unfaire Behandlung an - Ex-Sekretärinnen erheben Vorwürfe gegen Kreisverwaltung

Zwei ehemalige Mitarbeiterinnen der Kreisverwaltung Luckenwalde kritisieren ihren ehemaligen Arbeitgeber. Sie werfen ihm vor, bei Auseinandersetzungen nicht fair mit Mitarbeitern umzugehen. Außerdem prangern sie Ungleichbehandlung an.

Luckenwalde. „Ein Großteil meiner Arbeit sind Altprobleme“, sagte Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) bei der jüngsten Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde. Dabei sei das, was sich in der Öffentlichkeit spiegele, nur die Spitze des Eisbergs. Mehr wollte sie dazu nicht sagen. Genaueren Einblick vermitteln da schon zwei Briefe ehemaliger Verwaltungsmitarbeiterinnen. Die Briefe wurden an alle Kreistagsmitglieder geschickt. Sie liegen auch der MAZ vor. Die Briefschreiberinnen waren seit 20 bis 30 Jahren Sekretärinnen in der Kreisverwaltung, wurden entlassen oder suchten von sich aus das Weite, weil sie es nicht mehr aushielten. Beide führten arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen, weil sie sich gemobbt und ungerecht behandelt fühlten. Beide unterlagen vor Gericht, weshalb das Landesarbeitsgericht, das gerade einen ähnlichen Fall behandelt, sie als Zeuginnen für ungeeignet betrachtet.

Doch beide Frauen können vor dem Hintergrund der Tankkartenaffäre ihres einstigen Prozessgegners, dem bis vor kurzem für Personalfragen zuständigen Dezernenten Dieter Albrecht, nicht verstehen, dass gegen ihn nicht mit derselben Konsequenz vorgegangen wird, wie vormals gegen sie. „Eine Person in dieser Position sollte Vorbild für alle Bediensteten sein“, schreibt die eine Ex-Sekretärin. Stattdessen seien die Kreis-Mitarbeiter „in den letzten Jahren immer unschöner und ungerechter behandelt worden“. „Wann hat diese Ära endlich ein Ende?“, fragt sie im Brief, den sie wohl in der Hoffnung schrieb, dass mit der Landratswahl eine neue Ära anbricht. Diese Hoffnung hegte auch die andere Ex-Mitarbeiterin, die über „erniedrigende Machenschaften der Kämmerin ... und ihres Dezernenten“ berichtet. Demnach herrschte Chaos bei der Vorbereitung auf die Umstellung der Haushaltsführung. „Jeder kämpfte für sich, keiner wusste Bescheid... Jeder war nur damit beschäftigt, sich selbst zu retten. Der Landkreis war ... bereits ein Jahr mit der Doppik im Verzug.“ Das hielt die Kämmerin nach Aussagen ihrer ehemaligen Mitarbeiterin aber nicht davon ab, eine Weihnachtsfeier ausgerechnet auf den Tag zu legen, an dem ein Weiterbildungs-Workshop zur Umstellung auf die Doppik geplant war. Das seien abgeschlossene Fälle, meinte die Landrätin auf Nachfrage von Danny Eichelbaum (CDU) im Kreisausschuss. Sie wolle ihre Kräfte jetzt auf aktuelle Probleme konzentrieren, werde aber Gespräche mit den Ex-Mitarbeiterinnen führen. Von Hartmut F. Reck

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.11.2013

Die Delegierten der CDU-Teltow-Fläming bei der CDU-Landesvertreterversammlung in Potsdam am 30.11.2013



Neue Regeln für den Geldsegen aus Brüssel - Der Europa-Abgeordnete Christian Ehler (CDU) besucht erfolgreiche Förderprojekte im Landkreis

Die Höhe der Zuwendungen aus den Finanztöpfen der Europäischen Union sind ganz unterschiedlich, wirken aber immer als Hebel, um weiteres Geld aus öffentlichen und privaten Quellen sprudeln zu lassen. So ist es natürlich ein Unterschied, ob MTU in Ludwigsfelde fast 5,2 Millionen Euro bekommt und das örtliche Technikmuseum rund 600 000 Euro, aber beides dient dazu, zwei wichtige Projekte überhaupt umzusetzen.

Bei dem Triebwerkshersteller MTU werden mit Hilfe der EU-Mittel fast 33 Millionen Euro in die Erweiterung einer Betriebsstätte investiert, durch die 131 weitere Dauerarbeitsplätze und 17 Ausbildungsplätze entstehen.



Bei dem gestrigen Besuch des Europa-Abgeordneten Christian Ehler (CDU) im Landkreis Teltow-Fläming ging es auch darum, weitere Möglichkeiten zur Stärkung des Luftfahrttechnologiestandorts Berlin-Brandenburg auszuloten.

Von der Zukunftstechnologie zur technologischen Vergangenheit führte ihn dann seine Kreisbereisung ins Ludwigsfelder Technikmuseum. Auch dieses erhielt mit Hilfe der EU einen Erweiterungsbau, in dem zwar nicht produziert, dafür aber gezeigt wird, was in dieser Industriestadt bisher so alles hergestellt wurde.

Schließlich besuchte Ehler mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum den Lotsendienst für Existenzgründer beim Wirtschaftsförderungsamt des Kreises. Dieses landesweite Programm, das wegen seines Erfolgs europaweit ausgezeichnet wurde, wird ausschließlich von der EU finanziert. Im Landesdurchschnitt haben 70 Prozent der Betreuten eine dauerhafte Existenz gründen können, in Teltow-Fläming sind es sogar 75 Prozent. Sonst, so Ehler, gelte ein Projekt schon mit 40 Prozent als erfolgreich. Insgesamt sind in den fünf Jahren 116 Millionen Euro aus dem Sozialfonds, dem Regionalentwicklungsfonds und dem Landwirtschaftsfonds in den Landkreis geflossen. Das wird in Zukunft nicht mehr passieren. Denn bei allen Erfolgsmeldungen macht sich Ehler Sorgen um die Zukunft der EU-Förderung. Noch gestern Abend flog er nach seinem Redaktionsbesuch bei der MAZ in Luckenwalde zurück nach Straßburg, wo das EU-Parlament noch in dieser Woche den europäischen Haushalt beschließt.

Ostdeutschland wird bis 2019 zum letzten Mal Strukturförderungsmittel bekommen. Für Brandenburg fallen dabei 1,6 Milliarden Euro ab, die Hälfte dessen, was es im vorangegangenen Förderzeitraum gab. Außerdem, so Ehler, werde die EU künftig ihre Förderung direkter und weniger über die Landesregierung verteilen. Das bedeute, dass die Kreise ihre Aufmerksamkeit stärker auf Brüssel richten müssen, um an Geld zu kommen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.11.2013

Kreisverwaltung verteidigt Alleen-Erlass - Statistik gibt Befürwortern eines 70-km/h-Tempolimits Recht

Kreisverwaltung Teltow-Fläming hat den Alleen-Erlass des Landes Brandenburg verteidigt. Er sei eine Reaktion der Landesregierung auf die Entwicklung des Unfallgeschehens auf den Straßen im Land Brandenburg, heißt es in einer Antwort auf eine sogenannte Kleine Anfrage des CDU-Kreistagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Dieser unterstellt darin, dass es durch den Erlass "zu einer nicht unwesentlichen und unnötigen Erhöhung der Fahrzeiten der Berufspendler" komme. Außerdem geht der christdemokratische Kommunalpolitiker davon aus, dass der Alleen-Erlass, der bei einem dichten Baumbestand eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit von 80 auf 70 Stundenkilometer vorsieht, "zu einem immensen organisatorischen und finanziellen Mehraufwand für die Landkreise führt".

Die Kreisverwaltung stützt sich in ihrer Argumentation auf die Statistik. So hätte die Anzahl der Baumunfälle schon 1998 mit der Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 Stundenkilometer um mehr als 70 Prozent abgenommen. Allerdings sei die Unfallhäufigkeit von 2008 bis 2010 wieder leicht angestiegen.

In diesem Zeitraum gab es nach Angaben aus der Verwaltung im Landkreis 18 tödliche Unfälle. Damit stand man im Land Brandenburg an der Spitze der Statistik. 2011 waren es vier Menschen, die außerorts bei Baumunfällen ums Leben kamen, 2012 waren es nochmal zwei. Die Anzahl der Verletzten stieg sogar um 29 und die der Schwerverletzten um 33 Prozent. Auch 2012 war Teltow-Fläming bei der Zahl von Unfällen mit verletzten Personen der traurige Spitzenreiter im Land - trotz Tempo 80.

Bis Jahresmitte, so heißt es, wurde im Landkreis an 18 Strecken auf einer Gesamtlänge von gut 26 Kilometern die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 70 Stundenkilometer heruntergeschraubt. Wie viel den Kreis diese administrativen Maßnahmen kosten, werde nicht gesondert erfasst. Die Kosten für die neuen Verkehrsschilder müssen die jeweiligen Straßenbaulastträger übernehmen. Das sind bisher das Land, der Bund und eine Gemeinde (Großbeeren).

Nach Ansicht der Kreisverwaltung Teltow-Fläming gibt es nur zwei Möglichkeiten, die Folgen eines Aufpralls auf einen Baum wirkungsvoll zu verringern: Entweder reduzieren die Autofahrer die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge oder ein möglicher Zusammenstoß mit einem Straßenbaum wird durch die lückenlose Anordnung von Leitplanken - im Behördendeutsch Fahrzeug-Rückhaltesystemen genannt - vermieden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.10.2013

Brandenburg 2.0 - Bessere Chancen mit der
CDU in Jüterbog am 28.10.2013



„Ran an die Arbeit!“ - Arbeitnehmerverband in Teltow-Fläming gegründet - Heike von Gradolewski-Ballin erste Kreisvorsitzende der CDA Teltow-Fläming

Am 26. Oktober 2013 fand die Gründung des neunten CDA Kreisverband in Teltow-Fläming statt. Heike von Gradolewski-Ballin wurde von den Kollegen zur Kreisvorsitzenden gewählt. Die 51-jährige Barutherin, die für den Ver.di Bundesverband arbeitet, freute sich über die Wahl und sagte: „Alles was die CDU den Bürgern näher bringt ist ein Gewinn. Also ran an die Arbeit!“

Der Gründungsveranstaltung wohnte auch der Kreisvorsitzende der CDU Teltow-Fläming und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum bei. Eichelbaum sagte dazu: „Die CDU braucht einen starken sozialen Flügel und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.“ Der Landesvorsitzende des Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerflügels Emanuel Duhs ergänzte: „Die CDA passt auf, dass die CDU Volkspartei bleibt.“ Der frisch gewählten Kreisvorsitzenden von Gradolewski-Ballin stehen Axel Jürs als Stellvertreter, Regina Bomke als Schatzmeisterin sowie Jenny Günther als Beisitzerin zur Seite. *Quelle: Pressemitteilung 27.10.2013*

Die 47-Prozent-Frage - CDU will nicht, dass die Kreisumlage erhöht wird

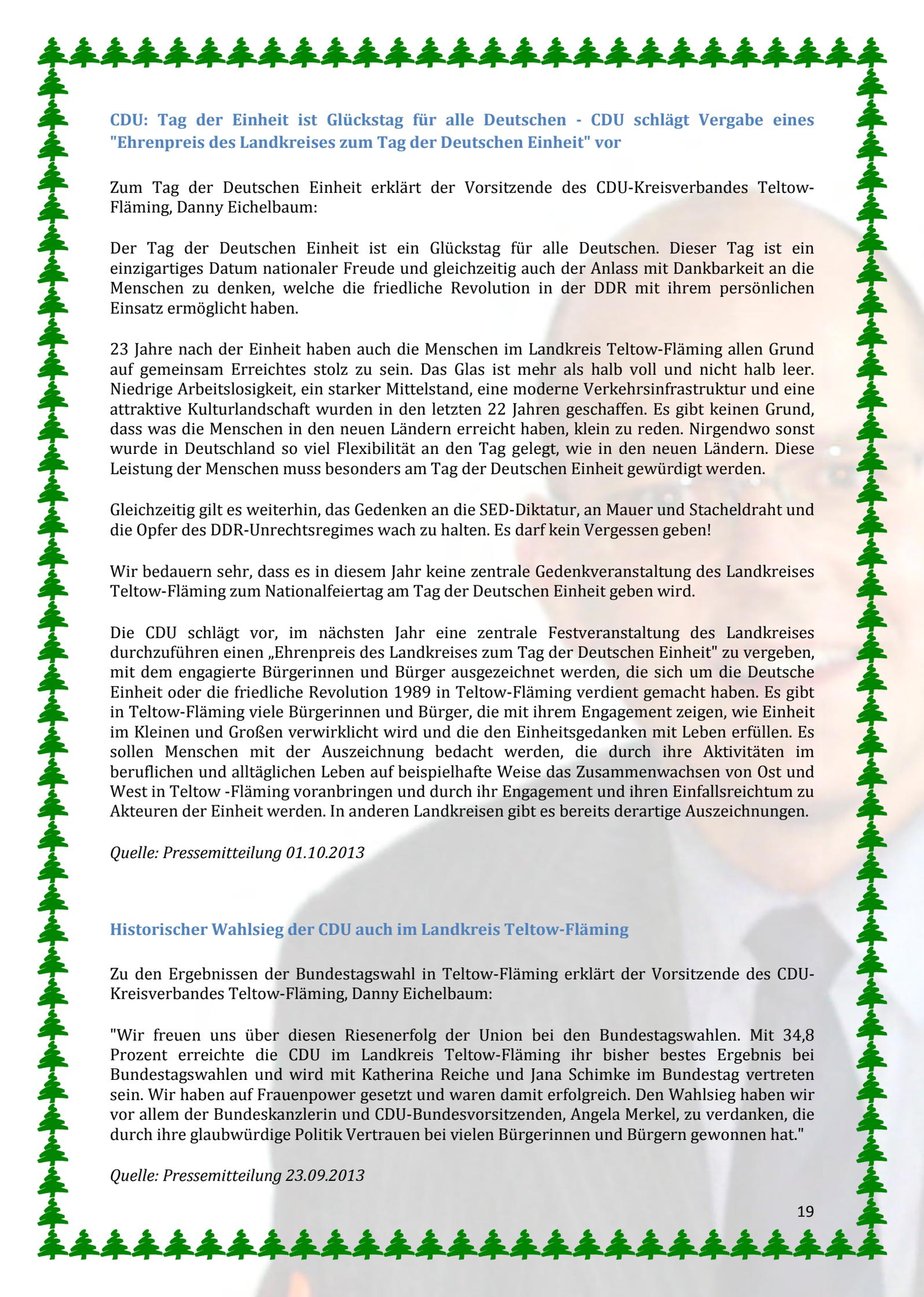
Die CDU-Kreistagsfraktion kämpft weiter gegen eine Erhöhung der Kreisumlage. Sie fordert, dass der Hebesatzes auf 47 Prozent eingefroren wird. Die Anhebung auf diese Quote war 2012 vorgenommen worden und soll nach dem Willen der CDU auch für einen Doppelhaushalt 2013/2014 gelten. Ein entsprechender Antrag wurde nun im Haushalts- und Finanzausschuss des Kreises diskutiert. "47 Prozent ist die oberste Grenze, die von den Gemeinden verkräftet werden kann", sagte Hermann Kühnapfel (CDU), der gemeinsam mit seinen Parteikollegen Dirk Steinhausen und Danny Eichelbaum den Antrag eingereicht hat. Schon seit Anfang des Jahres laufen vor allem die CDU und Bürgermeister gegen eine Erhöhung der Kreisumlage Sturm. Um die Finanzlöcher des Kreises zu stopfen, war seitens der Verwaltung über eine Anhebung auf 48 Prozent nachgedacht worden. 1,5 Millionen Euro würde dies dem Kreis einbringen.

Nachdem Übergangslandrätin Kirsten Gurske (Linke) den Haushalt 2013 auf Druck der Kreistagsfraktionen und Kommunen zurückgezogen hatte, schien das Thema vom Tisch. Doch die CDU traut dem Frieden nicht. Kirsten Gurske versuchte zu beruhigen: "Wir haben den Doppelhaushalt 2013/14 sowieso mit 47 Prozent durchgerechnet und bringen ihn damit ein." Und der Vorsitzende des Ausschusses, Dirk Hohlfeld (Linke), fügte hinzu: "Der Antrag der CDU ist doppelt gemoppelt. Die Verwaltung rechnet schon mit 47 Prozent."

Doch nach wie vor liegen dem Kreistag und damit auch den Mitgliedern des Finanzausschusses keine konkreten Zahlen zum Haushalt vor. "Es ist nur ein Entwurf, mir fehlen aussagekräftige Daten", sagte Katja Grassmann (SPD). Sie forderte gemeinsam mit ihrem Parteikollegen Helmut Barthel, dass der Antrag der CDU zurückgestellt wird, bis belastbares Zahlenmaterial vorliegt.

Hans-Jürgen Akuloff (Linke) fand ein Einfrieren auf 47 Prozent schwierig. "Ich bin für Signale, dass die Kommunen nicht unzumutbar belastet werden dürfen. Aber ohne Zahlen ist die Grundaussage ‚unzumutbar‘ nicht möglich." Dem pflichtete Grassmann bei: "Wenn die Einnahmen der Gemeinden exorbitant gut sind, möchte ich mich nicht auf 47 Prozent festgelegt haben."

Die CDU stellte den Antrag auf Einfrierung der Kreisumlage auf 47 Prozent schließlich bis zur nächsten Sitzung zurück. Der Kreistag soll am 9. Dezember den Haushalt beschließen. Der Finanzausschuss hat bis dahin noch zwei Sondersitzungen einberufen, zu denen auch die Bürgermeister eingeladen werden sollen. *Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 09.10.2013*



CDU: Tag der Einheit ist Glückstag für alle Deutschen - CDU schlägt Vergabe eines "Ehrenpreis des Landkreises zum Tag der Deutschen Einheit" vor

Zum Tag der Deutschen Einheit erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Glückstag für alle Deutschen. Dieser Tag ist ein einzigartiges Datum nationaler Freude und gleichzeitig auch der Anlass mit Dankbarkeit an die Menschen zu denken, welche die friedliche Revolution in der DDR mit ihrem persönlichen Einsatz ermöglicht haben.

23 Jahre nach der Einheit haben auch die Menschen im Landkreis Teltow-Fläming allen Grund auf gemeinsam Erreichtes stolz zu sein. Das Glas ist mehr als halb voll und nicht halb leer. Niedrige Arbeitslosigkeit, ein starker Mittelstand, eine moderne Verkehrsinfrastruktur und eine attraktive Kulturlandschaft wurden in den letzten 22 Jahren geschaffen. Es gibt keinen Grund, dass was die Menschen in den neuen Ländern erreicht haben, klein zu reden. Nirgendwo sonst wurde in Deutschland so viel Flexibilität an den Tag gelegt, wie in den neuen Ländern. Diese Leistung der Menschen muss besonders am Tag der Deutschen Einheit gewürdigt werden.

Gleichzeitig gilt es weiterhin, das Gedenken an die SED-Diktatur, an Mauer und Stacheldraht und die Opfer des DDR-Unrechtsregimes wach zu halten. Es darf kein Vergessen geben!

Wir bedauern sehr, dass es in diesem Jahr keine zentrale Gedenkveranstaltung des Landkreises Teltow-Fläming zum Nationalfeiertag am Tag der Deutschen Einheit geben wird.

Die CDU schlägt vor, im nächsten Jahr eine zentrale Festveranstaltung des Landkreises durchzuführen einen „Ehrenpreis des Landkreises zum Tag der Deutschen Einheit“ zu vergeben, mit dem engagierte Bürgerinnen und Bürger ausgezeichnet werden, die sich um die Deutsche Einheit oder die friedliche Revolution 1989 in Teltow-Fläming verdient gemacht haben. Es gibt in Teltow-Fläming viele Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Engagement zeigen, wie Einheit im Kleinen und Großen verwirklicht wird und die den Einheitsgedanken mit Leben erfüllen. Es sollen Menschen mit der Auszeichnung bedacht werden, die durch ihre Aktivitäten im beruflichen und alltäglichen Leben auf beispielhafte Weise das Zusammenwachsen von Ost und West in Teltow -Fläming voranbringen und durch ihr Engagement und ihren Einfallsreichtum zu Akteuren der Einheit werden. In anderen Landkreisen gibt es bereits derartige Auszeichnungen.

Quelle: Pressemitteilung 01.10.2013

Historischer Wahlsieg der CDU auch im Landkreis Teltow-Fläming

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl in Teltow-Fläming erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

"Wir freuen uns über diesen Riesenerfolg der Union bei den Bundestagswahlen. Mit 34,8 Prozent erreichte die CDU im Landkreis Teltow-Fläming ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen und wird mit Katherina Reiche und Jana Schimke im Bundestag vertreten sein. Wir haben auf Frauenpower gesetzt und waren damit erfolgreich. Den Wahlsieg haben wir vor allem der Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, zu verdanken, die durch ihre glaubwürdige Politik Vertrauen bei vielen Bürgerinnen und Bürgern gewonnen hat."

Quelle: Pressemitteilung 23.09.2013

Urteil des Oberverwaltungsgerichtes ist Handlungsauftrag an die Brandenburger Landesregierung - Jetzt muss ein umfassendes Nachtflugverbot durchgesetzt werden

Zum Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg im Flugroutenverfahren der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Das ist eine gute Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, die jetzt zumindest in der Zeit von 22 bis 6 Uhr von Nachtflügen verschont bleiben. Gleichzeitig ist das Urteil ein klarer Handlungsauftrag an die rot-rote Landesregierung, in den Verhandlungen mit dem Land Berlin ein umfassendes Nachtflugverbot auch für die anderen BER-Anrainergemeinden durchzusetzen.

Das Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 06 Uhr ist die direkte Folge der falschen Standortentscheidung von 1996. Nur durch ein umfassendes Nachtflugverbot wird ein Interessenausgleich zwischen dem Schutz der Gesundheit der betroffenen Anwohner und den Forderungen des Flughafens gewährleistet.

Notfalls kann die Brandenburger Landesregierung auch ohne die Zustimmung des Bundes und des Landes Berlin in einem Planergänzungsverfahren das Nachtflugverbot am Flughafen BER durchsetzen.

Quelle: Pressemitteilung 20.09.2013



Sommertour der CDU-Landtagsfraktion in der Kita Thyrow am 16.09.2013

Jüterbogger Fürstentag am 14.09.2013



Entscheidung des IOC über die Zukunft des olympischen Ringens in Luckenwalde am 08.09.2013



Aktuelle Themen aus dem Landtag

Danny Eichelbaum als Landesvorsitzender des LACDJ einstimmig wiedergewählt

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum MdL, wurde gestern in Potsdam von den Mitgliedern des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischen Juristen (LACDJ) einstimmig als Vorsitzenden wiedergewählt. Er hat das Amt seit 2011 inne.

Stellvertretende Vorsitzende wurde erneut die ehemalige Brandenburger Justizministerin, Barbara Richstein MdL.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von unabhängigen Juristinnen und Juristen in Brandenburg, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Landesgesetzentwürfen konstruktiv mit der gebotenen fachlichen Kritik zu begleiten; aktuelle Rechtsprobleme zu diskutieren und für die Allgemeinheit verständlich zu machen.

Hart ins Gericht ging Eichelbaum mit der Rechtspolitik der rot-roten Landesregierung. Brandenburg hat unter dem ehemaligen linken Justizminister, Dr. Volkmar Schöneburg, das täterfreundlichste Strafvollzugsgesetz verabschiedet. Die Opfer von Kriminalität bleiben dabei auf der Strecke. "Opferschutz geht jedoch vor Täterschutz!", so der wiedergewählte Landesvorsitzende Danny Eichelbaum MdL. "Es muß endlich Schluß damit sein, dass die Interessen der Täter im Mittelpunkt der Brandenburger Rechtspolitik stehen. Wir benötigen eine opferfreundliche Politik in Brandenburg und schnellere Gerichtsverfahren. Es ist ein Justizskandal, dass der ehemalige Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (Linke) zu Gunsten seiner ehemaligen Mandanten in den Brandenburger Strafvollzug eingegriffen hat. Die Landesregierung und Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke müssen weiteren Schaden von der Justiz abwenden und endlich Aufklärung in der "Liebeszellenaffäre" leisten!!

Quelle: Pressemitteilung 20.12.2013



Wahl des Vorstandes des
Landesarbeitskreises
Christlich Demokratischer
Juristen Brandenburgs am
19.12.2013

Fall Schöneburg: Sextäter schreiben an Vorsitzenden des Rechtsausschusses

Potsdam Danny Eichelbaum hat Post bekommen. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Rechtsausschusses im Brandenburger Landtag hat einen Brief zweier Strafgefangener erhalten, dessen Verlegung in eine andere Haftanstalt vom ehemaligen Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) gestoppt worden war. Da es sich bei einem der Sexualstraftäter um einen ehemaligen Mandanten Schöneburgs handelte, waren Vorwürfe der Begünstigung von Strafgefangenen laut geworden. Schöneburg trat deswegen am Wochenende zurück.

Der Brief enthält nach Angaben Eichelbaums jedoch keine neuen Vorwürfe gegen den Ex-Minister. Die Strafgefangenen stellten lediglich dar, warum es ihrer Resozialisierung diene, wenn sie weiter in einer gemeinsamen Zelle untergebracht wären. "Schöneburg ist nicht zurückgetreten, weil es diesen Brief gibt", sagte Eichelbaum dieser Zeitung. "Sondern weil er selbst eingeräumt hat, dass er in den Strafvollzug eingegriffen hat." Heute tagt deswegen der Rechtsausschuss des Potsdamer Landtags.

"Wir müssen klären, ob Schöneburg sich noch in anderen Fällen ehemaliger Mandanten so verhalten hat", sagte Danny Eichelbaum.

Quelle: Schweriner Volkszeitung vom 19.12.2013



19.12.2013 Sondersitzung des Rechtsausschusses des Landtages zur Liebeszellenaffäre

Offene Fragen nach dem Minister-Abgang - Opposition fordert Aufklärung von Schöneburg

Die sogenannte Liebeszellen-Affäre um zwei Ex-Mandanten von Volkmar Schöneburg ist noch nicht ausgestanden: Auch nach seinem Rücktritt vom Amt des Justizministers bleiben Fragen offen. Die CDU hält an einer Sondersitzung des Rechtsausschusses am Donnerstag fest.

Plötzlich geht alles ganz schnell. Am Freitagabend lässt ein Mitglied des Linken-Landesvorstands verlauten: „Morgen verlieren wir unseren Minister.“ Und so kommt es. Nach Krisensitzungen der Linken-Spitze und des rot-roten Koalitionsausschusses am Samstag tritt Volkmar Schöneburg (Linke) um 17 Uhr im Potsdamer Inselhotel vor die Presse. „Ich habe heute dem Ministerpräsidenten meinen Rücktritt erklärt“, sagt Brandenburgs Justizminister. Die Affäre um zwei Schwerverbrecher, die er einst als Anwalt vertreten hat, hat den profilierten Juristen sein Amt gekostet.

Am 26. November hatte die MAZ erstmals über den deutschlandweit einmaligen Fall berichtet: Die beiden Sexualstraftäter Detlef W. und René N., die 1999 eine 13-Jährige in Leipzig entführt und brutal vergewaltigt haben, teilten sich für mehr als zehn Jahre in der JVA Brandenburg/Havel eine Zelle. Am 30. November wurde N. in die Sicherungsverwahrung verlegt und damit von seinem Partner getrennt. Mit einem Hungerstreik haben beide dagegen opponiert- bis sich Schöneburg persönlich einschaltete.

Kurz darauf intervenierte der Minister wieder: Am Mittwoch stoppte er – wie berichtet – die Verlegung W.s, der andere Gefangene bedroht haben soll. Seine Fachabteilung war für die Verlegung. Erst am Freitagabend, nachdem das Minister-Veto öffentlich bekannt geworden war und die Affäre immer mehr schwelte, wurde W. doch in die JVA Cottbus gebracht. Zudem hatten seine Ex-Mandanten Schöneburg, der für sie als Anwalt ihre Liebeszelle gesichert hatte, während seiner Amtszeit über Jahre auf dessen Privathandy angerufen. Er habe aber nie abgenommen, versicherte der 55-Jährige.

Bei seinem Rücktritt am Samstag machte Schöneburg drei Anmerkungen. Erstens: Er halte die Entscheidung, den Antrag der JVA-Leitung gestoppt zu haben, inhaltlich weiter für richtig. Eine Verlegung unter Zwang am frühen Morgen wäre „unverhältnismäßig“ gewesen. Zweitens: Er habe die Ex-Mandanten während seiner Amtszeit nicht privilegiert. Und drittens: Er habe sich zwei Dinge vorzuwerfen. „Die nicht erfolgte Sperrung meiner Handynummer in der JVA und dass ich die Entscheidung gegen die Verlegung selbst getroffen habe.“ „Mehr gibt es nicht zu sagen. Frohe Weihnachten.“

Aber ausgestanden ist die Affäre damit noch nicht. Die CDU hält trotz des Rücktritts an einer Sondersitzung des Rechtsausschusses am Donnerstag fest. „Wir wollen Aufklärung“, sagte der Ausschussvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) gestern. Er wartet noch auf einen angekündigten Brief, in dem die beiden Schwerverbrecher enthüllen wollen, was sie angeblich gegen ihren Ex-Advokaten in der Hand haben.

Ungeklärt ist zum Beispiel die Frage, woher die „Störche“ genannten Straftäter, die mit kurzer Unterbrechung seit den 80er-Jahren hinter Gittern leben, das Geld hatten, um ihre Anwaltsrechnungen zu bezahlen. Über ein Erbe oder Ersparnisse aus legalen Zeiten ist zumindest nichts bekannt. Über viele Jahre hinweg sollen die beiden Sextäter eine florierende Subkultur hinter den Knastmauern aufgebaut haben und durch Drogenhandel und die Erpressung von Mithäftlingen ihr Leben bestreiten. Jüngste Durchsuchungen der Zellen des Paares sowie von mutmaßlichen „Läufern“, also Handlangern, erhärten diesen Verdacht. Geld, ein eingeschmuggeltes Handy und der Schuldschein eines Häftlings in Höhe von mehr als 10000 Euro sollen gefunden worden sein. Des Weiteren sollen die Verbrecher im Besitz eines Bits, also

eines speziellen Schraubenziehers, gewesen sein, mit dessen Hilfe die Knast-Gang Gegenstände hinter zugeschraubten Kabelschächten versteckt haben soll.

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Juli 2001 machen sich Rechtsanwälte wegen Geldwäsche strafbar, wenn sie wissentlich Geld als Honorar annehmen, das aus einer Straftat stammt. Geldwäsche kommt nicht nur bei Geldern aus schweren Straftaten in Betracht, sondern auch bei Diebstahl, Untreue und Hehlerei.

Die Frage, die nun im Raum steht: Hat sich Schöneburg womöglich damit erpressbar gemacht, weil er früh von den Machenschaften seiner Mandanten wusste? W. und N., die vor Mitgefangenen und JVA-Bediensteten stets mit ihren guten Kontakten zu Schöneburg prahlten, hatten jedenfalls damit gedroht, ihren einstigen Anwalt mit Enthüllungen hochgehen lassen zu wollen. N. wurde mittlerweile wegen Suizidgefahr auf die Krankenstation in Brandenburg/Havel verlegt und wird psychologisch betreut.

Die JVA-Spitze muss sich unterdessen fragen lassen, wie es möglich war, dass die beiden Sextäter über Jahre hinweg ein kriminelles Netzwerk hinter Gittern aufbauen konnten. Gefängnis-Leiter Hermann Wachter wollte sich am Sonntag nicht zu den Vorgängen äußern. Er hatte vergangene Woche Strafanzeige gegen W. und N. gestellt.

Nach Ansicht von Linken-Fraktionschef Christian Görke müsse die Staatsanwaltschaft prüfen, ob Dienstgeheimnisse verraten worden seien. Die Linke steht weiter hinter Schöneburg. Er genieße „uneingeschränktes Vertrauen“, so Landeschef Stefan Ludwig. Schöneburg habe wertvolle Arbeit für Brandenburg geleistet, betonte auch Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der gleichzeitig aber weitere Aufklärung von seinem Minister gefordert hatte.

Die Opposition bezeichnete den Rücktritt als unausweichlich. Die Vorgänge müssten nun vollständig aufgeklärt werden, betonten CDU und FDP. Ein Minister dürfe nicht erpressbar sein, so Grünen-Fraktionschef Axel Vogel. „Der eingetretene Anschein einer solchen Erpressbarkeit machte Schöneburg als Minister untragbar.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.12.2013



Richtfest Neubau
Sicherungsverwahrung in
Brandenburg a.d.H. am 04.12.2013

Umbesetzung der Linken-Minister - CDU-Fraktion: Das letzte Aufgebot der Linken

Im Nachgang zum Rücktritt von Volkmar Schöneburg und der Neubenennung von Finanz- und Justizminister sagt Dieter Dombrowski, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg.

„Die Neubesetzung ist kein Befreiungsschlag sondern lässt Schlimmeres befürchten und scheint mir das letzte Aufgebot der Linken in Brandenburg.“

Zudem sagt Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg: „Der Skandal um Schöneburg hat die Linke im Mark erschüttert. Der Rücktritt ist aber keine Aufklärung. Die Sondersitzung des Rechtsausschusses zur Klärung der Begünstigung der Sexualstraftäter wird wie geplant stattfinden. Wir erwarten dass die schweren Vorwürfe lückenlos aufgeklärt werden. Das Justizministerium ist daher aufgefordert, dazu Bericht zu erstatten und vorzubeugen, dass das Ministerium durch die Affäre weiter in Verruf gerät.“

Ludwig Burkardt, finanzpolitischer Sprecher für die CDU-Fraktion, sagt:

„Mit der Umbesetzung des Finanzressorts habe ich die Hoffnung, dass Christian Görke einen anderen Stil in die Einbeziehung der Parlamentarier bringt. Finanzminister Markov zeigte weder Respekt gegenüber dem Parlament noch den Willen die Parlamentarier einzubeziehen. Bei der Finanzpolitik des Landes konnte Markov von den hohen Steuereinnahmen profitieren, während er beim Flughafen – wo er selbst gefordert war - schlichtweg versagt hat. Aus der Aufgabe des Finanzressorts ergibt sich auch die Konsequenz Markov als BER-Aufsichtsratsmitglied in Brandenburg abzulösen.“

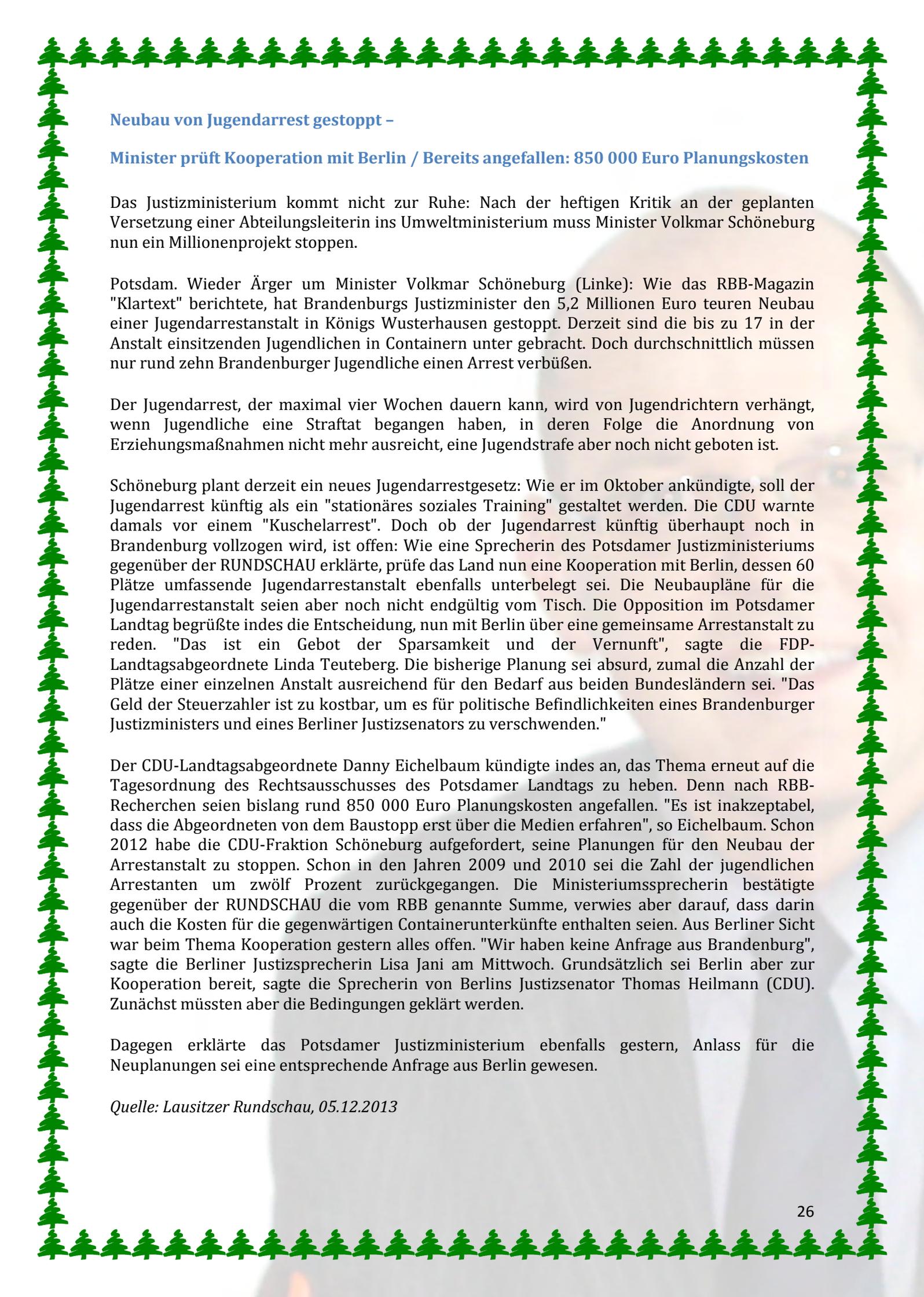
Quelle: Pressemitteilung 16.12.2013

CDU Rechtsexperte - Es könnte eng werden für Minister Schöneburg

Der Rechtsausschuss-Vorsitzende im brandenburgischen Landtag, Danny Eichelbaum (CDU), hat Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) aufgefordert, Vorwürfe der Häftlingsbegünstigung zu entkräften. «Ich verlange, dass der Justizminister die Sache lückenlos aufklärt, sonst wird es ganz schön eng für ihn», sagte Eichelbaum am Samstag der Nachrichtenagentur dpa. Wie die «Märkische Allgemeine» berichtete, habe ein Häftling einen Brief an Eichelbaum geschrieben und am Donnerstag zur Post bringen lassen. «Ich habe den Brief noch nicht erhalten», sagte Eichelbaum. Vor Montag komme er nicht zu seinem Wahlbüro, um die Post zu überprüfen. Mit dem Brief versuchten die Häftlinge laut Informationen der «Märkischen Allgemeinen» den Minister unter Druck setzen.

Der Minister hatte am Donnerstag eingeräumt, die Verlegung eines Häftlings und früheren Mandanten aus dem Gefängnis in Brandenburg/Havel persönlich verhindert zu haben. Außerdem war er von dem Sexualstraftäter über Jahre aus der Haftanstalt auf seinem Handy angerufen worden.

Quelle: Berliner Morgenpost, 14.12.2013



Neubau von Jugendarrest gestoppt –

Minister prüft Kooperation mit Berlin / Bereits angefallen: 850 000 Euro Planungskosten

Das Justizministerium kommt nicht zur Ruhe: Nach der heftigen Kritik an der geplanten Versetzung einer Abteilungsleiterin ins Umweltministerium muss Minister Volkmar Schöneburg nun ein Millionenprojekt stoppen.

Potsdam. Wieder Ärger um Minister Volkmar Schöneburg (Linke): Wie das RBB-Magazin "Klartext" berichtete, hat Brandenburgs Justizminister den 5,2 Millionen Euro teuren Neubau einer Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen gestoppt. Derzeit sind die bis zu 17 in der Anstalt einsitzenden Jugendlichen in Containern unter gebracht. Doch durchschnittlich müssen nur rund zehn Brandenburger Jugendliche einen Arrest verbüßen.

Der Jugendarrest, der maximal vier Wochen dauern kann, wird von Jugendrichtern verhängt, wenn Jugendliche eine Straftat begangen haben, in deren Folge die Anordnung von Erziehungsmaßnahmen nicht mehr ausreicht, eine Jugendstrafe aber noch nicht geboten ist.

Schöneburg plant derzeit ein neues Jugendarrestgesetz: Wie er im Oktober ankündigte, soll der Jugendarrest künftig als ein "stationäres soziales Training" gestaltet werden. Die CDU warnte damals vor einem "Kuschelarrest". Doch ob der Jugendarrest künftig überhaupt noch in Brandenburg vollzogen wird, ist offen: Wie eine Sprecherin des Potsdamer Justizministeriums gegenüber der RUNDSCHAU erklärte, prüfe das Land nun eine Kooperation mit Berlin, dessen 60 Plätze umfassende Jugendarrestanstalt ebenfalls unterbelegt sei. Die Neubaupläne für die Jugendarrestanstalt seien aber noch nicht endgültig vom Tisch. Die Opposition im Potsdamer Landtag begrüßte indes die Entscheidung, nun mit Berlin über eine gemeinsame Arrestanstalt zu reden. "Das ist ein Gebot der Sparsamkeit und der Vernunft", sagte die FDP-Landtagsabgeordnete Linda Teuteberg. Die bisherige Planung sei absurd, zumal die Anzahl der Plätze einer einzelnen Anstalt ausreichend für den Bedarf aus beiden Bundesländern sei. "Das Geld der Steuerzahler ist zu kostbar, um es für politische Befindlichkeiten eines Brandenburger Justizministers und eines Berliner Justizsenators zu verschwenden."

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum kündigte indes an, das Thema erneut auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses des Potsdamer Landtags zu heben. Denn nach RBB-Recherchen seien bislang rund 850 000 Euro Planungskosten angefallen. "Es ist inakzeptabel, dass die Abgeordneten von dem Baustopp erst über die Medien erfahren", so Eichelbaum. Schon 2012 habe die CDU-Fraktion Schöneburg aufgefordert, seine Planungen für den Neubau der Arrestanstalt zu stoppen. Schon in den Jahren 2009 und 2010 sei die Zahl der jugendlichen Arrestanten um zwölf Prozent zurückgegangen. Die Ministeriumssprecherin bestätigte gegenüber der RUNDSCHAU die vom RBB genannte Summe, verwies aber darauf, dass darin auch die Kosten für die gegenwärtigen Containerunterkünfte enthalten seien. Aus Berliner Sicht war beim Thema Kooperation gestern alles offen. "Wir haben keine Anfrage aus Brandenburg", sagte die Berliner Justizsprecherin Lisa Jani am Mittwoch. Grundsätzlich sei Berlin aber zur Kooperation bereit, sagte die Sprecherin von Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU). Zunächst müssten aber die Bedingungen geklärt werden.

Dagegen erklärte das Potsdamer Justizministerium ebenfalls gestern, Anlass für die Neuplanungen sei eine entsprechende Anfrage aus Berlin gewesen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 05.12.2013

CDU begrüßt Stopp der Planung für den Neubau der Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen - Danny Eichelbaum: Justizminister Schöneburg hätte schon früher die Zusammenarbeit mit Berlin suchen müssen

Laut dem rbb-Magazin Klartext hat Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) den Bau einer eigenen Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen zurückgenommen.

Dazu sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum:

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass der geplante Neubau einer eigenen Brandenburger Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen gestoppt wird. Endlich siegt beim Justizminister die Vernunft. Angesichts seit Jahren zurückgehender Jugendarrestzahlen in Brandenburg wäre der Neubau einer Jugendarrestanstalt reine Steuerverschwendung.

Es ist inakzeptabel, dass die Abgeordneten davon über die Medien erfahren. Die CDU Fraktion hat hierzu einen Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Rechtsausschusses beantragt. Minister Schöneburg muss dann Rede und Antwort geben, warum Planungskosten in Höhe von 850.000 Euro sinnlos verschwendet wurden.

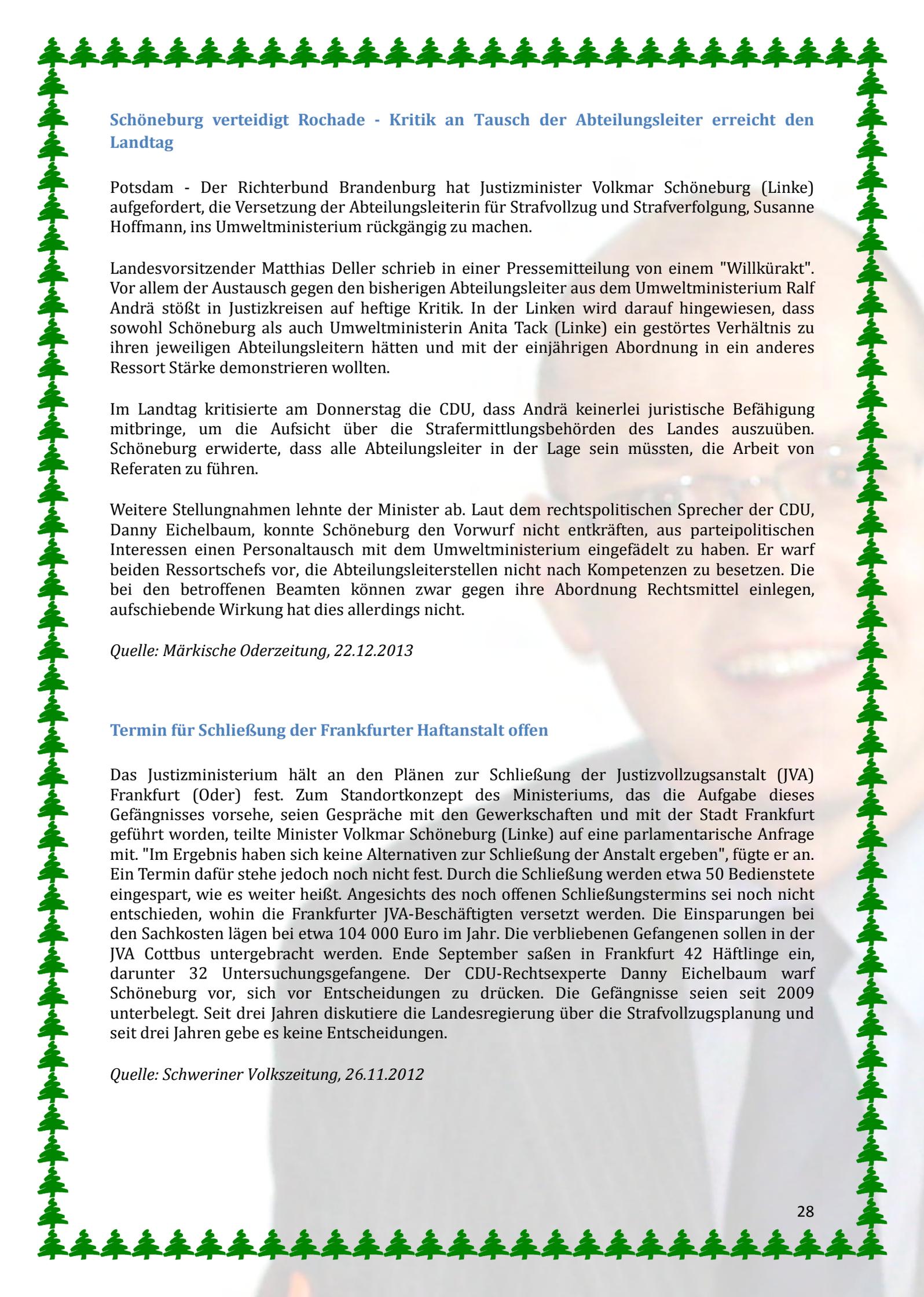
Er handelte wider besseres Wissen. Die geplanten Baukosten in Höhe von 5 Millionen Euro standen zu keinem Zeitpunkt in einem Verhältnis zu den Unterbringungszahlen. Dem Brandenburger Justizminister waren sowohl die rückläufigen Jugendarrestzahlen in Brandenburg, als auch das Angebot des Landes Berlin für eine Zusammenarbeit bekannt. Allein von 2009-2010 gingen die Arrestantenzahlen in Brandenburg um 12 Prozent zurück.

Bereits 2012 hat die CDU-Landtagsfraktion Justizminister Volkmar Schöneburg aufgefordert, seine Neubaupläne auf Eis zu legen und stattdessen gemeinsam mit dem Land Berlin Unterbringungsmöglichkeiten für den Jugend- und Warnschussarrest zu suchen.“

Quelle: Pressemitteilung 04.12.2013



Parlamentarischer
Abend der Lausitzer
Rundschau auf dem
Krongut Bornstedt am
02.12.2013



Schöneburg verteidigt Rochade - Kritik an Tausch der Abteilungsleiter erreicht den Landtag

Potsdam - Der Richterbund Brandenburg hat Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) aufgefordert, die Versetzung der Abteilungsleiterin für Strafvollzug und Strafverfolgung, Susanne Hoffmann, ins Umweltministerium rückgängig zu machen.

Landesvorsitzender Matthias Deller schrieb in einer Pressemitteilung von einem "Willkürakt". Vor allem der Austausch gegen den bisherigen Abteilungsleiter aus dem Umweltministerium Ralf Andrä stößt in Justizkreisen auf heftige Kritik. In der Linken wird darauf hingewiesen, dass sowohl Schöneburg als auch Umweltministerin Anita Tack (Linke) ein gestörtes Verhältnis zu ihren jeweiligen Abteilungsleitern hätten und mit der einjährigen Abordnung in ein anderes Ressort Stärke demonstrieren wollten.

Im Landtag kritisierte am Donnerstag die CDU, dass Andrä keinerlei juristische Befähigung mitbringe, um die Aufsicht über die Strafermittlungsbehörden des Landes auszuüben. Schöneburg erwiderte, dass alle Abteilungsleiter in der Lage sein müssten, die Arbeit von Referaten zu führen.

Weitere Stellungnahmen lehnte der Minister ab. Laut dem rechtspolitischen Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, konnte Schöneburg den Vorwurf nicht entkräften, aus parteipolitischen Interessen einen Personaltausch mit dem Umweltministerium eingefädelt zu haben. Er warf beiden Ressortschefs vor, die Abteilungsleiterstellen nicht nach Kompetenzen zu besetzen. Die bei den betroffenen Beamten können zwar gegen ihre Abordnung Rechtsmittel einlegen, aufschiebende Wirkung hat dies allerdings nicht.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 22.12.2013

Termin für Schließung der Frankfurter Haftanstalt offen

Das Justizministerium hält an den Plänen zur Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Frankfurt (Oder) fest. Zum Standortkonzept des Ministeriums, das die Aufgabe dieses Gefängnisses vorsehe, seien Gespräche mit den Gewerkschaften und mit der Stadt Frankfurt geführt worden, teilte Minister Volkmar Schöneburg (Linke) auf eine parlamentarische Anfrage mit. "Im Ergebnis haben sich keine Alternativen zur Schließung der Anstalt ergeben", fügte er an. Ein Termin dafür stehe jedoch noch nicht fest. Durch die Schließung werden etwa 50 Bedienstete eingespart, wie es weiter heißt. Angesichts des noch offenen Schließungstermins sei noch nicht entschieden, wohin die Frankfurter JVA-Beschäftigten versetzt werden. Die Einsparungen bei den Sachkosten lägen bei etwa 104 000 Euro im Jahr. Die verbliebenen Gefangenen sollen in der JVA Cottbus untergebracht werden. Ende September saßen in Frankfurt 42 Häftlinge ein, darunter 32 Untersuchungsgefangene. Der CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum warf Schöneburg vor, sich vor Entscheidungen zu drücken. Die Gefängnisse seien seit 2009 unterbelegt. Seit drei Jahren diskutiere die Landesregierung über die Strafvollzugsplanung und seit drei Jahren gebe es keine Entscheidungen.

Quelle: Schweriner Volkszeitung, 26.11.2012

Letzter Tag des Landtages im Potsdamer Kreml am 22.11.2013



Besichtigung des neuen Landtages am 22.10.2013



Ringer-Präsident Danny Eichelbaum mahnt Reformen an - Nur die Leistung zählt

„Manche haben den Schuss noch nicht gehört. Auf den Erfolgen der Vergangenheit darf sich nicht ausgeruht werden. Es zählen Leistung, Leistung und noch mal Leistung“, so der Appell von RVB-Präsident Danny Eichelbaum nach der Bundesdelegiertentagung des Deutschen Ringerbundes (DRB) in Darmstadt. Der 39-Jährige plädiert für weitere Reformen und Anstrengungen im Ringkampfsport.

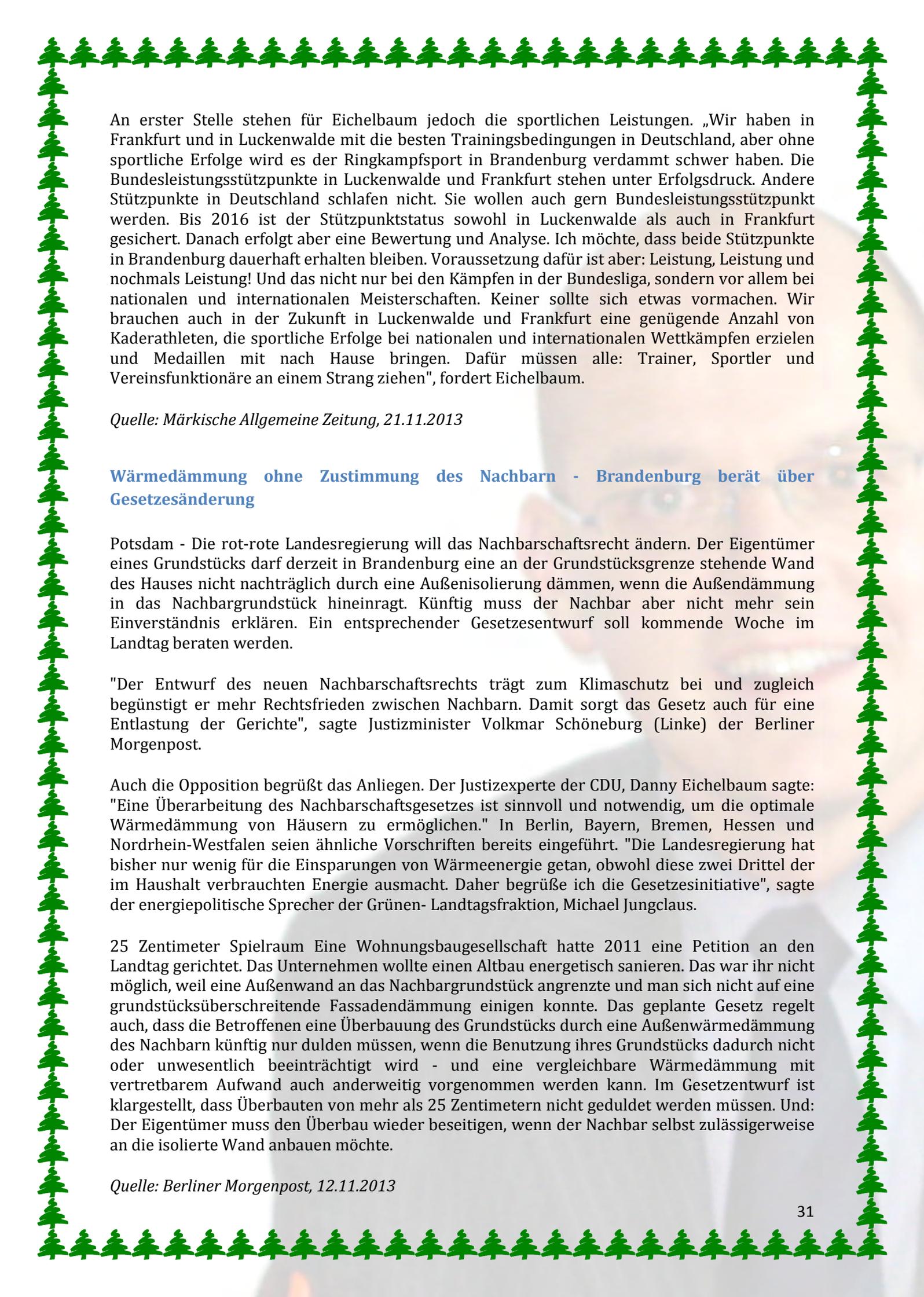
Luckenwalde. Beim deutschen Ringertag am Wochenende wurde DRB-Präsident Manfred Werner sowie sein Führungsteam für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Gleichzeitig wurden die Herausforderungen, vor der die Sportart in den nächsten Jahren steht, debattiert. Die Gewichtsklassen sollen möglichst beigehalten werden, die Mindestanzahl der deutschen Ringer in der Bundesliga von vier auf fünf Sportler erhöht werden. Ringer des Jahres 2013 wurden bei den Männern der WM-Dritte Frank Stäbler (TSV Musberg) und bei den Frauen Aline Focken (KSV Krefeld). Zum Nachwuchsringer des Jahres wurde Etienne Kinsinger und zur Nachwuchsringerin des Jahres Nicole Amann gewählt.



Einhelliges Lob gab es von den Landesverbänden für die Olympia-Kampagne. Noch nie war Ringen populärer als heute. Nach einem beispiellosen Kampf und einer großen Solidaritätswelle in der Öffentlichkeit hat es die internationale Ringergemeinde im September geschafft, dass Ringen bis zum Jahr 2024 olympisch bleibt. „Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Jetzt muss der Aufbruch weitergehen. Wir brauchen weitere Reformen, der Ringkampfsport muss transparenter werden“, fordert Eichelbaum.

Das gilt vor allem für die Regeln. Es kann nicht angehen, dass sie nur noch für Insider verstehbar sind. Ein erster Schritt in die richtige Richtung waren nach Eichelbaums Worten die getätigten Veränderungen im Regelwerk. Die Kämpfe, vor allem in griechisch-römischen Stil, sind attraktiver geworden. Es gibt mehr Aktionen auf der Matte. Dabei sind die Gesamtkampfzeiten in der Bundesliga nicht wesentlich kürzer geworden. Als Motivationsanreiz soll es für Kinder und Jugendliche ab 2014 in Anlehnung an das Sportabzeichen ein Ringerabzeichen in Bronze, Silber und Gold geben. Außerdem soll ein Easy-Regelwerk für Kids getestet werden.

„Von dem Veränderungsprozess möchte ich aber auch nicht die Ringerorganisationen ausnehmen“, erklärt Eichelbaum. Nach sieben Monaten als Präsident des Ringerverbandes Brandenburg, in denen er sich in zahlreichen Gesprächen mit allen Verantwortlichen ein Bild von der Situation im Landesverband, in den Stützpunkten und den Vereinen gemacht hat, steht für ihn fest: „wir müssen auch die teilweise verkrusteten Verbandsstrukturen aufbrechen. Dem Nachwuchs muss die Chance gegeben werden, Verantwortung in den Vorständen und im Landesfachverband wahrzunehmen. Als einer der erfolgreichsten und wichtigsten Ringerverbände in Deutschland müssen wir auch gegenüber den Vereinen offener werden. Per Beschluss wurde festgelegt, dass das Präsidium ab sofort vor Ort bei den Ringervereinen in Brandenburg tagt, um zu schauen, wo den Sportler und Vereinsvorständen der Schuh drückt und der Landesfachverband behilflich sein kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit den anderen ostdeutschen Ringerlandesverbänden intensiviert werden. Gemeinsam sind wir stark. Von Anfang an habe ich klar gemacht, es muss einen Neuanfang geben.“



An erster Stelle stehen für Eichelbaum jedoch die sportlichen Leistungen. „Wir haben in Frankfurt und in Luckenwalde mit die besten Trainingsbedingungen in Deutschland, aber ohne sportliche Erfolge wird es der Ringkampfsport in Brandenburg verdammt schwer haben. Die Bundesleistungsstützpunkte in Luckenwalde und Frankfurt stehen unter Erfolgsdruck. Andere Stützpunkte in Deutschland schlafen nicht. Sie wollen auch gern Bundesleistungsstützpunkt werden. Bis 2016 ist der Stützpunktstatus sowohl in Luckenwalde als auch in Frankfurt gesichert. Danach erfolgt aber eine Bewertung und Analyse. Ich möchte, dass beide Stützpunkte in Brandenburg dauerhaft erhalten bleiben. Voraussetzung dafür ist aber: Leistung, Leistung und nochmals Leistung! Und das nicht nur bei den Kämpfen in der Bundesliga, sondern vor allem bei nationalen und internationalen Meisterschaften. Keiner sollte sich etwas vormachen. Wir brauchen auch in der Zukunft in Luckenwalde und Frankfurt eine genügende Anzahl von Kaderathleten, die sportliche Erfolge bei nationalen und internationalen Wettkämpfen erzielen und Medaillen mit nach Hause bringen. Dafür müssen alle: Trainer, Sportler und Vereinsfunktionäre an einem Strang ziehen“, fordert Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.11.2013

Wärmedämmung ohne Zustimmung des Nachbarn - Brandenburg berät über Gesetzesänderung

Potsdam - Die rot-rote Landesregierung will das Nachbarschaftsrecht ändern. Der Eigentümer eines Grundstücks darf derzeit in Brandenburg eine an der Grundstücksgrenze stehende Wand des Hauses nicht nachträglich durch eine Außenisolierung dämmen, wenn die Außendämmung in das Nachbargrundstück hineinragt. Künftig muss der Nachbar aber nicht mehr sein Einverständnis erklären. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll kommende Woche im Landtag beraten werden.

"Der Entwurf des neuen Nachbarschaftsrechts trägt zum Klimaschutz bei und zugleich begünstigt er mehr Rechtsfrieden zwischen Nachbarn. Damit sorgt das Gesetz auch für eine Entlastung der Gerichte", sagte Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) der Berliner Morgenpost.

Auch die Opposition begrüßt das Anliegen. Der Justizexperte der CDU, Danny Eichelbaum sagte: "Eine Überarbeitung des Nachbarschaftsgesetzes ist sinnvoll und notwendig, um die optimale Wärmedämmung von Häusern zu ermöglichen." In Berlin, Bayern, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen seien ähnliche Vorschriften bereits eingeführt. "Die Landesregierung hat bisher nur wenig für die Einsparungen von Wärmeenergie getan, obwohl diese zwei Drittel der im Haushalt verbrauchten Energie ausmacht. Daher begrüße ich die Gesetzesinitiative", sagte der energiepolitische Sprecher der Grünen- Landtagsfraktion, Michael Jungclaus.

25 Zentimeter Spielraum Eine Wohnungsbaugesellschaft hatte 2011 eine Petition an den Landtag gerichtet. Das Unternehmen wollte einen Altbau energetisch sanieren. Das war ihr nicht möglich, weil eine Außenwand an das Nachbargrundstück angrenzte und man sich nicht auf eine grundstücksüberschreitende Fassadendämmung einigen konnte. Das geplante Gesetz regelt auch, dass die Betroffenen eine Überbauung des Grundstücks durch eine Außenwärmedämmung des Nachbarn künftig nur dulden müssen, wenn die Benutzung ihres Grundstücks dadurch nicht oder unwesentlich beeinträchtigt wird - und eine vergleichbare Wärmedämmung mit vertretbarem Aufwand auch anderweitig vorgenommen werden kann. Im Gesetzesentwurf ist klargestellt, dass Überbauten von mehr als 25 Zentimetern nicht geduldet werden müssen. Und: Der Eigentümer muss den Überbau wieder beseitigen, wenn der Nachbar selbst zulässigerweise an die isolierte Wand anbauen möchte.

Quelle: Berliner Morgenpost, 12.11.2013

Einmaliger Urteilspruch: Schöneburg schadet dem Ansehen der Justiz –

Richter rüffeln Justizminister

Die 7. Kleine Strafkammer des Potsdamer Landgerichts hat Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) und dessen Personalpolitik im Rahmen eines Urteils massiv angegriffen und ihm eine Gefährdung der Strafverfolgung vorgeworfen. „Es scheint, dass die Justizverwaltung, insbesondere das Justizministerium des Landes Brandenburg, an den Belangen der Justiz vollkommen desinteressiert ist und sich lediglich dem Spardiktat des Finanzministers beugt“, heißt es in dem Urteil, das nun bundesweit für Furore sorgt. So weist die „Deutsche Richterzeitung“ auf die ungewöhnliche Justizschelte hin und lobt den Mut der Richter zu klaren Worten.

Hintergrund: Das Landgericht verurteilte im Dezember 2012 eine mehrfache Betrügerin zu zweieinhalb Jahren Haft und erließ ihr zwei Monate Haft wegen der überlangen Verfahrensdauer. Das Verfahren hatte sich über Jahre hingezogen, die ersten Anklagen gegen die Kriminelle stammten von 2007. Das Gericht schrieb in der Urteilsbegründung: „Der hohe Bestand an Verfahren ist eine deutliche Folge von Personaleinsparungen.“ Trotz „vollmundiger Absichtserklärungen“ würden nicht genügend Justizfachangestellte ausgebildet und eingestellt. Die Folge: Eilige Verfahren wie Haft- oder Führerscheinsachen könnten nur bewältigt werden, indem andere, lange angesetzte Termine um acht Monate verschoben würden. Der Spruch gipfelt in der Feststellung: „Derartige grundlegende politische Fehlsteuerungen schaden der Funktionsfähigkeit und dem Ansehen der Justiz.“

Es sei einmalig, dass ein Fachgericht so massiv das „Spardiktat der rot-roten Landesregierung“ kritisiere, sagt Danny Eichelbaum, Rechtsexperte der CDU-Fraktion. „Wir benötigen vor allem mehr Rechtspfleger und Justizbeschäftigte im mittleren Dienst.“ Schöneburg entgegnet in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage Eichelbaums, das Ministerium habe in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den oft langen Verfahrensdauern zu begegnen. So sei das Personal an den Sozialgerichten verstärkt worden, an den Verwaltungsgerichten sei es gelungen, die Altbestände abzubauen. Schöneburg räumt jedoch ein, dass die Justizfachangestellten am Potsdamer Landgericht überdurchschnittlich belastet seien.

Diese Fachkräfte unterstützen Richter und Staatsanwälte in ihrer täglichen Arbeit. Ihre Ausbildungszahl geht zurück. 2009 starteten noch 25 Azubis in das erste Lehrjahr, 2011 waren es 14, in diesem Jahr traten 16 Anwärter die Lehre an. Der Beruf ist in Brandenburg wegen schlechter Perspektiven einfach nicht interessant, klagt die Justizgewerkschaft DJG. Von Torsten Gellner

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.10.2013



Brandenburgabend der CDU-Brandenburg am 18.10.2013

Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) schiebt die dringend notwendige Sanierung des Amtsgerichtes Zossen auf die lange Bank

Jana Schimke MdB/ Danny Eichelbaum MdL: Justizminister steht bei Beschäftigten und Rechtssuchenden im Wort und soll notwendige Sanierungskosten gegenüber Finanzminister Helmut Markov (Linke) durchsetzen

Zur Verschiebung der Sanierung des Amtsgerichtes Zossen auf das Jahr 2017 erklären die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke und der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Landtages Brandenburg, Danny Eichelbaum MdL:

„Es ist völlig inakzeptabel, dass Justizminister Dr. Schöneburg die versprochenen Baumaßnahmen am Amtsgericht Zossen in Höhe von 4,2 Mio. Euro einsparen will. Seit Jahren warten die Justizbeschäftigten und Rechtssuchenden auf die dringend notwendige Sanierung des Amtsgerichtes Zossen. Der Justizminister steht im Wort. Er hat im Jahr 2012 großspurig versprochen, das Amtsgericht in Zossen zu modernisieren und die Sicherheitsstandards zu erhöhen.

Seiner Ankündigungspolitik müssen endlich Taten folgen. Er ist jetzt aufgefordert, die dringend notwendigen Baumaßnahmen am Amtsgericht Zossen auch gegenüber Finanzminister Markov (Linke) durchzusetzen. Der Sanierungsbedarf am Amtsgericht Zossen ist hoch, das Gericht ist nicht barrierefrei und die Sicherheitsbedingungen nicht mehr auf dem neuesten Stand. Dieser unhaltbare Zustand ist gerade für die am Amtsgericht Zossen tätigen Justizbeschäftigten unerträglich. Das Amtsgericht Zossen bleibt damit auch in den nächsten Jahren baufällig. Die Sanierung des Amtsgerichtes Zossen steht damit in den Sternen, weitere Versprechungen des Justizministers über die Legislaturperiode hinaus sind unglaubwürdig.“, so Danny Eichelbaum.

"An der Sicherheit in den Gerichten darf nicht gespart werden. Die Sicherheit muss höchste Priorität in den Brandenburger Gerichten haben. Die Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen ist gerade angesichts der tödlichen Vorkommnisse in den Gerichten in Dresden und Landshut im Jahr 2009 unerlässlich.", betonte die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke.

Quelle: Pressemitteilung 23.10.2013

CDU-Landesparteitag in Potsdam
am 19.10.2013



CDU lehnt Kuschelarrest für Jugendstraftäter ab

Danny Eichelbaum: Brandenburg und Berlin sollen gemeinsames Jugendarrestgesetz erarbeiten

Zu den bekannt gewordenen Eckpunkten für ein Brandenburger Jugendarrestgesetz sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum:

„Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) setzt mit den vorgelegten Eckpunkten seinen täterfreundlichen Kurs in der Rechtspolitik fort. Die CDU lehnt einen Kuschelarrest für jugendliche Gewaltstraftäter ab. Mit spürbaren Strafen und Sanktionen muss jugendlichen Intensivtätern weiterhin eindringlich bewusst gemacht werden, dass sie für begangenes Unrecht einzustehen haben. Mit Dialogforen und Kletterausflügen werden sich Jugendliche nicht von neuen Straftaten abschrecken lassen. Den jugendlichen Straftätern muss wirkungsvoll die gelbe Karte gezeigt werden. So entfaltet beispielsweise der Warnschussarrest eine wirkungsvolle Abschreckungswirkung. Jugendstraftätern muss frühzeitig aufgezeigt werden, was Freiheitsentzug bedeutet.

Nach Ansicht der CDU muss das neue Gesetz außerdem dem Opferschutzgedanken Rechnung tragen. Aufgenommen werden sollte beispielsweise das Opferempathie-Training. Hierbei soll den Jugendlichen vermittelt werden, wie sich die Opfer ihrer Attacken fühlen. Der wirksamste Opferschutz ist die Einsicht und damit auch die Reue des Täters.

Wir fordern Brandenburgs Justizminister Schöneburg ferner auf, mit Berlin gemeinsame gesetzliche Regelungen für den Jugend- und Warnschussarrest zu erarbeiten. Aus der fehlenden Zusammenarbeit im Erwachsenenstrafvollzug und bei der Sicherungsverwahrung müssen die beiden Länder die richtigen Rückschlüsse ziehen und wenigstens beim Jugendarrest- und Warnschussarrest die Zusammenarbeit suchen. "

Quelle: Pressemitteilung 18.10.2013



CDU-Landesparteitag in Potsdam am 19.10.2013 mit dem Vorsitzendem der CDU-Brandenburg Prof. Dr. Michael Schierack und dem stellv. Landesvorsitzendem Ingo Senftleben



Ausgewählte Termine im Monat Dezember/Januar

28.12.2013

- 19.30 Uhr Auswärtskampf 1. Bundesliga Ringen

06.01.2014

- 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Luckenwalde

07.01.2014

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam

- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

14.01.2014

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam

- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

16.01.2014

- 19.00 Uhr Jahresempfang des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Geltow

18.01.2014

- 10.00 Uhr Eröffnung des neuen Landtages in Potsdam

21.01.2014

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam

- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

22.01.2014 Plenum des Landtages

- (ganztägig)

23.01.2014 Plenum des Landtages

- (ganztägig)

28.1.2014

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam

- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*